



Protokoll der 48. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz

Datum: 19. Mai 2017
 Zeit: 9.30 – 12.00 Uhr
 Ort: Plenarsaal im Landtagsgebäude, Peter-Kaiser-Platz 3, 9490 Vaduz
 Vorsitz: Albert Frick, Präsident des Liechtensteinischen Landtages

Tagesordnung / Traktanden (gemäss Einladung)

- | | | |
|-------|---|-------|
| 1./2. | Begrüssung und Eröffnung | S. 3 |
| 3. | Referat «Internationale Bodenseehochschule - der Hochschulverbund aus Sicht der Universität Liechtenstein» | S. 5 |
| 4. | Genehmigung des Protokolls der 47. Sitzung der IPBK vom 21. Oktober 2016 | S. 13 |
| 5. | Bericht zur Internationalen Bodensee-Konferenz (künftige Zusammenarbeit mit der IPBK, Überarbeitung der Homepage, aktueller Stand Leitbild IBK) | S. 13 |
| 6. | Information und Anträge aus dem Steuerungsausschuss: | S. 18 |
| | a) Mögliche neue Arbeitsgruppen: | |
| | - Flughafen Zürich betreffend Fluglärm und Deutsche Durchführungsverordnung zur Luftverkehrsverordnung (DVO) | |
| | - Gesamtverkehrskonzept | |
| | b) Einheitliche Funkfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee | |
| 7. | Information zum Thema «Beschäftigungsbonus in Österreich» | S. 28 |
| 8. | Information zum Thema «Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz» | S. 30 |
| 9. | Bericht aus der Arbeitsgruppe <i>Mautkorridor Schweiz, Österreich und Deutschland</i> | S. 32 |
| 10. | Bericht zum Internationalen Städtebund | S. 33 |
| 11. | Diverses | S. 35 |

Teilnehmende

Baden-Württemberg	Wilfried Klenk, Landtagsvizepräsident Emil Sänze, Landtagsabgeordneter
Bayern	Dr. Paul Wengert, Landtagsabgeordneter
Liechtenstein	Albert Frick, Landtagspräsident Violanda Lanter-Koller, Landtagsabgeordnete Patrick Risch, Landtagsabgeordneter Ado Vogt, Stv. Landtagsabgeordneter
Vorarlberg	Mag. Harald Sonderegger, Landtagspräsident Dr. Gabriele Nussbaumer, Landtagsvizepräsidentin Cornelia Michalke, Landtagsabgeordnete
Appenzell-Ausserrhoden	Peter Gut, Kantonsratspräsident Florian Hunziker, Kantonsrat
Appenzell-Innerrhoden	Martin Breitenmoser, Grossratspräsident Sepp Neff, Grossratsvizepräsident
Schaffhausen	Hedy Mannhart, Kantonsrätin Markus Müller, Kantonsrat Kurt Zubler, Kantonsrat
St. Gallen	Peter Göldi, Kantonsratspräsident Walter Freund, Kantonsrat Josef Kofler, Kantonsrat
Thurgau	Heidi Grau-Lanz, Grossratspräsidentin Inge Abegglen, Kantonsrätin Gallus Müller, Kantonsrat
Zürich	Karin Egli-Zimmermann, Kantonsratspräsidentin Yvonne Bürgin, Kantonsratsvizepräsidentin Esther Guyer, Kantonsrätin Marcel Lenggenhager, Kantonsrat
Referenten / Gäste	Adrian Hasler, Regierungschef Liechtenstein Horst Schädler, Vorsitzender des ständigen Ausschusses der IBK Dr. Jürgen Brücker, Rektor der Universität Liechtenstein Josef Büchelmeier, Geschäftsführer ISB Gunnar Paul, Vizepräsident des Bodenseerates
Verwaltung	Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin, Vlbg. Martina Harder, Kantonsratssekretärin, Schaffhausen Josef Hilti, Landtagssekretär, FL Reinhard Hönle, Referatsleiter, Baden-Württemberg Philipp Pfeiffer, Landtagssekretär-Stellvertreter, FL Matthias Renn, Geschäftsführer Parlamentarische Vertretungen, St. Gallen Dr. Moritz Von Wyss., Leiter Parlamentsdienste, Zürich Gabriele Wachter, Mitarbeiterin Parlamentsdienst, FL

1./2. Begrüssung und Eröffnung

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Sehr geehrte Frauen und Herren Delegierte, guten Morgen. Nach dem doch eher vergnüglichen Vorabend-Programm freue ich mich, Sie heute zur eigentlichen Konferenz der Frühjahrstagung 2017 der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz begrüßen zu dürfen. Ich stelle fest, dass alle Mitgliedsländer und Kantone vertreten sind.

Geschätzte Delegierte, wenn Sie sich im Laufe der Konferenz zu Wort melden wollen, bitte ich Sie, den Knopf neben Ihrem Mikrofon zu drücken, ich werde dann das Mikrofon freigeben. Ich bitte Sie auch, zu Beginn Ihres Votums jeweils Ihren Namen und Ihr Land beziehungsweise Ihren Kanton zu nennen. Sie erleichtern dadurch die Protokollierung, vielen Dank. Allfällige Abstimmungen und Wahlen werden wir durch Handerheben vornehmen. Ich bitte Sie, nach meiner Aufforderung jeweils ein deutlich sichtbares Zeichen zu geben, sofern Sie zustimmen wollen. Unser Parlamentsdienst wird die Stimmzählerfunktion wahrnehmen, sofern es hierfür keine anderen Vorschläge gibt.

Geschätzte Frauen und Herren, wie Sie wissen ist Liechtenstein unter dem Vorsitz von Regierungschef Adrian Hasler 2017 auch Gastgeber der IBK. Es freut mich, Regierungschef Hasler bei uns begrüßen zu dürfen und ihm für eine Grussbotschaft der Regierung das Wort zu erteilen - bitte, Herr Regierungschef.

Regierungschef Adrian Hasler (FL): Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich freue mich sehr, dass Sie heute in Liechtenstein sind. Ich begrüße Sie auf meine Art ganz herzlich. Ich stelle oft fest, dass obwohl man geographisch sehr nahe beieinander ist, relativ wenig weiss über Liechtenstein. Erlauben Sie mir deshalb, einige Ausführungen zu Liechtenstein zu machen. Liechtenstein ist ein Kleinstaat, der viertkleinste Staat in Europa. Wir haben eine Fläche von rund 160 km², davon sind nur 11% Siedlungsfläche. Wir haben rund 37'000 Einwohner, was in etwa die Grössenordnung zeigt.

Wenn man die Geschichte anschaut, dann geht diese relativ weit zurück. Ich möchte beginnen bei 1699, hier hat Fürst Johann Adam Andreas die Herrschaft Schellenberg gekauft, 1712 die Grafschaft Vaduz und 1719 wurden diese beiden Teile dann zusammengefügt zum Fürstentum Liechtenstein. 1719 – 2019 - Sie können sich das jetzt ausrechnen – wir feiern also in Kürze 300 Jahre Fürstentum Liechtenstein.

Weitere wichtige Entwicklungen in der Geschichte Liechtensteins waren sicher der 1924 mit der Schweiz abgeschlossene Zollvertrag. Dies war für uns ein ganz wesentlicher Schritt, v.a. auch wenn man die ganze wirtschaftliche Entwicklung im Anschluss anschaut. 1990 ist Liechtenstein Mitglied der UNO geworden, und für uns auch ganz wichtig: 1995 Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums. Das war damals eine ganz spannende Zeit, weil wir zu diesem Zeitpunkt einen anderen Weg als die Schweiz beschritten haben. Die Abstimmung ist ja praktisch zur gleichen Zeit erfolgt.

Zur Staatsform: Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage. Das heisst, die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volk verankert. Auch das ist eine Spezialität die man sonst in dieser Form so nicht findet.

Staatsoberhaupt ist Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein. Er hat aber die Staatsgeschäfte seinem Sohn, Erbprinz Alois, übertragen. Dennoch bleibt er weiterhin Fürst und Staatsoberhaupt. Die Regierung besteht aus 5 Mitgliedern. Wir hatten gerade dieses Jahr am 5. Februar 2017 Parlamentswahlen; eine Legislatur dauert 4 Jahre, und das Parlament besteht aus 25 Abgeordneten. Das Parlament ist bei uns auf 4 Parteien aufgeteilt, die Fortschrittliche Bürgerpartei mit 9 Mandaten, die Vaterländische Union mit 8 Mandaten, die Unabhängigen mit 5 und die Freie Liste mit 3 Mandanten.

Wenn man die Situation in Liechtenstein anschaut, dann gibt es ein paar Besonderheiten, die ich immer gerne herausstreiche. Liechtenstein hat gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Das ist eine Zahl, die man sich kaum vorstellen kann und das funktioniert natürlich nur, weil wir sehr viele Grenzgänger haben. Das heisst, pro Tag kommen rund 20'000 Grenzgänger nach Liechtenstein zur Arbeit. Das muss man sich einmal vorstellen - gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner!

Die Wirtschaftsstruktur, die wir in Liechtenstein haben, ist auch erwähnenswert. Oftmals geht man davon aus, dass Liechtenstein nur ein Finanzplatz ist und Briefkästen hat. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Wir haben rund 4'500 tätige Unternehmen, vor allem Kleinunternehmen. Von diesen Unternehmen sind rund 40% der Arbeitskräfte im Sektor 2 tätig, das heisst, Industrie und warenproduzierendes Gewerbe. Und wenn man die Wertschöpfung anschaut, ist es so, dass rund 40% der Wertschöpfung aus diesem Sektor kommt, vom Finanzplatz sind es etwa 24%. Es ist einfach wichtig, dass man diese wirtschaftliche Struktur versteht d.h. bei uns eben das Gewerbe eine ganz zentrale Rolle spielt.

Zum Finanzplatz möchte ich auch noch kurz ein paar Worte verlieren. Liechtenstein hat sich ja vor etlichen Jahren neu ausgerichtet. Wir haben im Jahr 2009 die sogenannte Liechtenstein-Erklärung abgegeben und uns dort ganz klar zu den internationalen Standards verpflichtet. 2013 haben wir dann eine Regierungserklärung abgegeben, bei der wir nochmals aufgezeigt haben, dass wir uns bereit erklären, den automatischen Informationsaustausch umzusetzen. Das waren natürlich gravierende Massnahmen, und dennoch waren wir damals - und sind es heute noch - der Ansicht, dass das der absolut richtige Schritt war. Liechtenstein hat sich zu diesem Zeitpunkt dieser neuen Welt gestellt, hat sich aktiv positioniert und diese Schritte jetzt konsequent umgesetzt.

Und heute können wir sagen, dass natürlich die Reputation massiv besser ist. Früher wurden wir immer ins Eck gestellt, heute werden wir als verlässlicher Partner wahrgenommen. Und es ist auch so, dass gerade in diesem Herbst erstmals Daten mit der Europäischen Union ausgetauscht werden. Das war für uns wirklich eine grosse Anstrengung und wir sind überzeugt, dass dieser Weg absolut richtig war. Wenn man einen Blick zurückwirft, kann man wirklich sagen, dass es sich auch entsprechend ausgezahlt hat.

Wenn man das aktuelle Wirtschaftsumfeld anschaut ist es natürlich so, dass es ein schwieriges wirtschaftliches Umfeld ist. Wir haben in Liechtenstein wie auch in der benachbarten Schweiz einen sehr starken Schweizerfranken, wir haben ein absolutes Tiefzinsumfeld, und das ist natürlich schwierig für die Unternehmen, und zwar für die ganze Bandbreite, sowohl im Finanzbereich wie eben auch bei der Industrie und im Gewerbe. Und ich glaube, das sind auch die grossen Herausforderungen, die die Wirtschaft in den nächsten Jahren zu bewälti-

gen hat. Und hier sind wir natürlich gerade in einem Land, bei dem wir relativ hohe Lohnkosten, hohe Lebenshaltungskosten haben, in einer schwierigen Situation. Und vor allem das Gewerbe, das eben lokal vor Ort produziert und dann mit dem Ausland konkurrenziert, ist hier unter grossem Druck.

Was für uns ganz wichtig ist, ist die Region, die wir hier haben, die Region Rheintal. Sie sehen es allein schon an den ganzen Wirtschaftsdaten. Liechtenstein ist eingebettet in diese Region und wir denken auch in der Region. Also bei uns hört das Land nicht an der Landesgrenze auf, sondern wir sind regelmässig in der Schweiz und in Österreich, da wird wirklich die Region als unsere Heimat angeschaut. Dieser Austausch ist für uns wirklich sehr wichtig. Und da spielt dann auch die IBK eine entsprechende Rolle, wo es eben darum geht, übergeordnete Lösungen zu finden.

Damit komme ich zum Schluss. Mein Anliegen war es, Ihnen einige Ausführungen zu Liechtenstein zu machen, damit Sie ein bisschen ein besseres Gefühl bekommen. Herr Horst Schädler wird dann anschliessend auch noch gewisse Ausführungen zur IBK machen. Deshalb habe ich bewusst auf diese Agenda verzichtet. Ich wünsche Ihnen noch einen wunderschönen Tag hier in Liechtenstein, besten Dank.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Was ich noch erwähnen wollte: ich möchte Sie bitten, wenn Sie das Wort ergreifen, dass Sie darauf achten, dass das Mikrofon gut auf Sie ausgerichtet ist. Wenn ein grünes Licht aufleuchtet, heisst das, dass Sie angemeldet sind, sobald das rote Licht erscheint, heisst das, dass Sie sprechen können.

3. Referat «Internationale Bodenseehochschule – der Hochschulverbund aus Sicht der Universität Liechtenstein»

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir fahren fort mit der Tagesordnung. Wir kommen zu Traktandum 3: Referat «Internationale Bodenseehochschule – der Hochschulverbund aus Sicht der Universität Liechtenstein». Ich denke, Professor Brücker wird dieses Thema vielleicht auch etwas weiter fassen. Ich freue mich sehr, den Rektor der Universität Liechtenstein, Herrn Dr. Jürgen Brücker, begrüessen zu dürfen. Als meines Wissens gebürtiger Baden-Württemberger mit vormaliger hoher Führungsfunktion an der Universität St. Gallen, HSG, ist er geradezu Symbol für die engen Verbindungen und die gute Zusammenarbeit in unserer Region. Wir haben für den Traktandenpunkt 3 inklusive der Beantwortung von Fragen und Diskussion einen Zeitrahmen von etwa 30 Minuten vorgesehen. Herr Dr. Brücker, ich bedanke mich für Ihr Kommen und freue mich, Ihnen das Wort zu übergeben.

Dr. Jürgen Brücker (Rektor der Universität Liechtenstein): Ja, werter Regierungschef, werter Landtagspräsident, werter Parlamentarierinnen und Parlamentarier, werter Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein darf und dass ich dieses grüne Licht nicht brauche, sondern dass meine Stimme laut genug ist und Sie erreicht. Und ich glaube, die Brücke wurde schon gebaut. Ich habe wahrscheinlich jeden Gipfel - Thurgau bin ich mir nicht ganz sicher, wie hoch der ist - in den Ländern, in den Kantonen, erklommen, und von daher habe ich eine gewisse Übersicht über die letzten Jahre erhalten. Als Jürgen Brücker, der - das wurde angeklungen - 20 Jahre an der HSG war und dort zuletzt im Rektorat gedient

hat, in ihrer Sprache, als Aussenminister, Dekan für Aussenbeziehungen, in der Universitätsentwicklung, sehr viel tun durfte für die Universität St. Gallen.

Heute bin ich hier, ich habe einen internationalen Ausblick, direkt hinüber in die Schweiz. Da hinten ist eher noch eine Wand, und vielleicht ist es heute auch ein bisschen unsere Aufgabe, diese aufzureissen. Deshalb werde ich heute auch mein Referat ein bisschen weiter sehen, freier sehen. Ich habe Ihnen ja eine Unterlage ausgeteilt, die Sie ein bisschen führen soll, die Sie mit Sicherheit mit nach Hause nehmen, um auch eine Idee zu bekommen. Zunächst einmal von der Universität Liechtenstein, was wir vorhaben. Und was auch die Möglichkeiten, Potenziale der Universitäten, der Bildung in der Schweiz, aber auch in Deutschland und Österreich im Generellen sind. Und die IBH ist für mich eigentlich ein ideales Vehikel, in der ich auch lange war. Ich war dort für das Internationale als Vorsitzender der Auslandsämter tätig und habe viel inszenieren dürfen in den letzten Jahren. Alles ist noch da; umso schöner, dass unsere jungen Studierenden auch davon profitieren können.

Ja, der Anker wäre heute die Studie, die kürzlich erschienen ist. Vielleicht haben Sie es gelesen, *Fokus Vorarlberg* von Ernst & Young. Da hat man herausgefunden, dass genau diese vier Länder mit den Kantonen einen extremen Leverage-Hebel haben und der vielleicht noch weitere Potenziale in sich birgt. Da wurde von geballter Wirtschaftskraft dieses Raumes, dieser Bodenseeregion gesprochen, die noch weiter gehen kann, als sie heute ist. Und da würde ich heute auch einige Essenzen hineinbringen wollen.

Zunächst aber ein bisschen zurück zur Universität Liechtenstein: was haben wir hier vor? Es ist ja so, dass ich eine sehr junge Universität vorgefunden habe, die 2011 als Universität ins Leben gerufen wurde und schrittweise - Sie sehen es auch sehr schön auf dem Slide 6 - in einer ganz kurzen Zeit über 40 Jahre im Prinzip von einem Abendkolleg geführt wurde, über eine liechtensteinische Ingenieurschule, die sehr technisch betrieben wurde, auch von den Corporates hier im Land und in der Umgebung, hin zu einer Fachhochschule, Hochschule, Universität.

Und es ist ja generell - ich weiss nicht, ob Sie sich damit auseinandersetzen - wir haben ja im Bildungssektor so etwas wie eine Sinneskrise; nicht hier in Liechtenstein, nicht hier in Europa, weltweit. Wie ist die Ausrichtung von Bildung in der Zukunft generell? Sie haben hoffentlich vom Kollegen Antonio Loprieno, Universität Basel, das Buch «Die entzauberte Universität» gelesen. Und jetzt gibt es ein neues Buch mit dem Titel «Die Betriebswirtschaftsleere». Also ich kann Ihnen das nur wärmstens empfehlen, denn das zeigt ein bisschen auf, dass auch in der Bildung mehr Fragen als Antworten sind. Die Bildung ist ja immer sehr stark vorangegangen. Damals hat Humboldt sich einen Raum der Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden gewünscht. In den fünfziger, sechziger Jahren, oder noch früher in den USA, haben wir «Cases Curriculas» gebildet, mit der Bologna-Reform die Vergleichbarkeit entfacht, die Mobilität, die Credits, die Währung, die die Bildung begleitet. Und nun kommen internationale globale Rahmenbedingungen, auch Compliance erhält Kraft und Einklang in der Bildung, bei Ihnen sicherlich auch, da gehe ich davon aus. Die rechtlichen Rahmenbeziehungen sind teilweise hinterher, Innovationskraft geht voraus. Die Bildung als solche geht sehr stark in die Forschung, die Frage ist: für wen. Die öffentlichen Institutionen, international, die grossen Universitäten, „too big to fail“ würden wir aus dem Bankenbereich

sagen, „the winner takes it all“, die Harvard, die Universität Zürich, ETH, fundamental hervorragend finanziert. Die Frage sei berechtigt oder unberechtigt, die Frage der Relevanz.

Und hier kommen wir auch in die Region. Wir haben uns als Universität manchmal fortentwickelt, da spreche ich auch noch für die HSG als ehemaliger Alumnus. Und da ist natürlich sehr viel in der Tiefsee-Bohrung, in der Forschung unterwegs, und dieser Brückenbau hinein zu den Menschen und der Auftrag der Steuerzahler wird schwieriger zu unterlegen, zumal wir irgendwann auch eine nächste Diskussion haben bez. der Steuern und der Finanzen, mit Sicherheit.

Die Universität Liechtenstein ist sehr klein, wir haben 800 Studierende, stellen Sie sich das vor. Was macht man mit einer Universität mit 800 Studierenden? Wir haben den Begriff gefunden: Boutique-Universität der Zukunft. Es steht in den Fakten sehr schön drin, Betreuungsverhältnis 1:12. Universität Wien 1:1000, Universität St. Gallen 1:80, Universität Liechtenstein 1:12. Ist das paradiesisch oder ist das ein strategischer Impuls für die Weiterentwicklung? 35'000 Karrieremöglichkeiten, wir haben es gehört, unglaublich für unsere Absolventinnen und Absolventen, geballte Ladung. Und geballte Ladung auch bei den Schwerpunkten von Architektur bis über die Wirtschaftswissenschaften mit Entrepreneurship, mit Finance, mit Wirtschaftsinformatik. Neuerdings auch mit dem Wirtschaftsrecht, wo wir auch nach Zürich schielen, etwas Gemeinsames machen wollen. Das sind die Aspekte und mehr braucht es gar nicht als Boutique-Universität. Sie kennen den Begriff, das ist eine Nischen-Universität.

Zurück zu den Lagebeurteilungen international, Sie haben es auf der Folie 4 sehr schön zusammengefasst. Ich denke, alles globalisiert sich nach wie vor. Regionalisierung zeigt sich stärker auch in den Universitäten, auch die Professionalisierung, denken Sie an die Services. Früher haben wir im Unterricht einen Frontalunterricht gehört, da stand ein Professor vor uns und hat uns eineinhalb Stunden begleitet, sehr oft im Monolog. Heute scheint es interaktiver zu werden, wie es sich auch Humboldt gewünscht hat, es ist also gar nichts Neues. Die Universitäten differenzieren sich immer mehr aus. Sie machen neue Dinge rechts und links. Haben wir uns abgesprochen in diesem Bodenseeraum dahingehend, was wir tun? Die pädagogischen Hochschulen, die Fachhochschulen, die Universitäten - gibt es einen strategischen Plan der Ausdifferenzierung, der inhaltlichen Ausdifferenzierung? Dann treten natürlich neue Mitbewerber auf, gerade hier sind die öffentlichen Institutionen gewarnt. Ich habe gerade die Haveler-Konferenz besucht, die sehr liberal denkt und auch zu zementiert ist, unbeweglich geworden ist. Die Uni Wien ist ein sehr gutes Beispiel dafür mit 80'000 Studierenden, dort sind 30'000 Langzeitstudierende und 20'000 sind Kinogänger, die vergünstigte Abonnements haben, für den Eintritt ins Kino. Deshalb treten privatwirtschaftliche Institutionen auch in Singapur und weltweit auf den Markt und kommen mit neuen Modellen. Gehen weg von dem klassischen Frontalunterricht und gehen hin zum Coaching, zur case-basierten Entwicklung. Die Netzwerkeffekte nehmen zu.

Und dann komme ich noch zu diesen internationalen Schwungrädern. Wir haben einen globalen Wettbewerb der besten Studierenden, der Talente international. Wen ziehen wir an, an die Universitäten, welche Studierenden haben die besten Voraussetzungen, um nachher im Markt zu spielen? Das macht ja auch für uns als Universität Liechtenstein, in einem gewissen Masse die Nachfrage aus, dass wir in gewissen Kerngebieten, die wir haben - ich habe sie

genannt - mitsprechen können. Und vielleicht auch ein bisschen international agieren, das ist sehr wichtig, glaube ich, dass wir mit den öffentlichen Institutionen diesen Weg bereiten, auch den strategischen Weg der Positionierung. Die Arbeit machen wir uns gerade: für was steht die Universität Liechtenstein? Wir haben eine Markenstrategie, d.h. wir haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefragt: wie seht ihr die Uni in der Zukunft? Welche Potenziale, welchen Impact, welche Wirkung kann sie für Land, Region und international entfalten? Sie sehen es auch im Kern ganz schön. Auch die Studierenden wollen als Universität Liechtenstein die Zukunft mitgestalten. Wir wollen als Universität Persönlichkeiten entwickeln mit Werten. Weg von schnöder technischer Bürokratisierung in diesem Fall, sondern den Raum öffnen für Systemisches und Studierende einbringen in den Markt, in das Land, in die Region. Und teilweise - wo es Sinn macht - auch international, man denke an Chapters, wie es die Grossen haben.

Es gibt da so ein Schwungrad, das ist mein Kerngebiet, System Dynamics, den Erfolgskreislauf, den sehen Sie oben auf der Seite 5. Worum geht es denn bei Universitäten, auch in anderen Ländern und Kantonen? Um Reputation und Image. Aber wie baut man das auf? Wenn man die Scheibe der Lehre herausnimmt ist es ziemlich einfach. Zunächst: umso bessere Dozierende wir anziehen, damit auch Studierende, desto besser sind die Diskussionen hier im Raum mit verschiedenen Perspektiven angereichert. Umso besser sind die Ausbildungsprofile, umso mehr Skills, Fähigkeiten, würden wir heute sagen, haben unsere Talente. Und damit gehen sie auf den Arbeitsmarkt und machen wieder ein gutes Image für die Uni Liechtenstein. Und das ist ein Kreislauf, der sich nach oben bewegt und den gilt es zu bewahren, das ist der Kern der Geschichte.

Finanzierung, das sind 800 Studierende, 13, 14 Lehrstühle, das sind insgesamt 23 Millionen Schweizer Franken, 38% sind Drittmittel, wir sind unter Druck. Wir schauen, wie wir das weiterentwickeln im Rahmen dieses Erfolgsmodells für die Zukunft, damit wir genau diese Absolventenprofile produzieren. Dass wir in der Forschung in diesem Fachbereich durch Schlagkraft auch einen Transferbereich erreichen, weil das gefragt ist. Die KMUs kommen ja zu uns und fragen, könnt ihr uns helfen auf dem Weg des Prozessmanagements und so fort. Und das ist natürlich auch eine Aufgabe, die wissenschaftliche Begleitung dieser Fragestellungen. Deshalb sehen Sie auf der Folie 8 unten die einfache Grundstruktur mit den 5 Instituten. Wir haben entsprechende Lehrstühle dazu und daneben auch Center in den Bereichen, die sehr klein sind, aber doch als Anschlussstelle international extrem wichtig sind, als Business School.

Wir sind auch Uni, weil wir alles haben; wir haben Bachelor, Master, PhD auf allen Ebenen und natürlich auch Forschung, Lehre und Transfer. Dies sind die Stärken, aufgrund derer wir die Akkreditierung der AAQ - die kennen Sie aus der Schweiz und auch im deutschsprachigen Raum sehr gut, Qualitätssicherung wie ISO-Zertifizierung - bekommen haben. Ja, man sieht uns als junge dynamische Universität. Wir haben ohne internationale Reputation sogar einen hohen Internationalisierungsgrad, tolle Netzwerke und vor allem eine hohe Motivation der Menschen, und wir unterstützen auch die Region. Dies bringt aber auch Herausforderungen mit sich, freilich wie für alle Universitäten, die wir sicherlich meistern wollen. Z.B. die Ausbildungsprofile der Zukunft, die Positionierung, die ich genannt habe, wie bauen wir in der Zukunft Curricula, damit Sie den Leverage bilden, hinein in die Wirtschaft, aber auch in die

Akademia. Es sind ja doch 5 bis 10% der Studierenden, die andere Intentionen haben, als in die klassischen Bereiche zu gehen.

Zur IBH komme ich noch etwas später. Sie sehen ja in den Folgefällen, dass wir sehr viel Impact oder Zusammenarbeit auch mit der IBH pflegen, in allen Bereichen. Da gibt es Beispiele in der Forschung, in der Lehre, im Transfer, bei der Studierendenmobilität, bei den Netzwerken. Diese hochschulübergreifende Zusammenarbeit ist natürlich ein tolles Vehikel, das ja auch von Ihnen angestossen wird über die IBK, in dem Sie Ihre Empfehlungen abgeben, dass genau die Bildung, wie sie in der Studie ist, auch eine Rolle spielen kann. Trotzdem müssen wir die Früchte dieser Möglichkeit als Universitäten, als Fachhochschulen auch erreifen.

Zentral scheint mir auch, das Thema der Sinneskrise noch einmal aufzunehmen und damit tatsächlich zur IBH zu kommen. Alle Universitäten sind, ob Sie es wollen oder nicht, in diesem Dilemma. Wir betreiben Forschung, wir entwickeln, das ist nur eine Sichtweise, und wir sozialisieren junge Menschen, manchmal auch sehr einseitig und entsprechend hat es am Ende des Tages auch gesellschaftliche Auswirkungen. Weil der systemische Hintergrund nicht da ist, das heisst die Verbindung der Disziplinen. Denken Sie an die Wirtschaftsinformatik. Es ist nicht damit getan, einen Lehrstuhl im digitalen Business Process Management zu entwickeln. Sie sollten dann eben auch überlegen, das Big Data-Thema mitzunehmen. Mit dem Big Data-Thema kommt das Thema der Archivierung: was tue ich mit den Daten? Mit dem Thema kommt auf der anderen Seite die Innovation, Digital Innovation Startup. Das beschäftigt Sie auch alle, nehme ich an. Damit verbunden sind die Innovation und die rechtlichen Grundlagen. Und mit den rechtlichen Grundlagen die ethischen, moralischen Grundlagen für die Themen.

Deshalb macht es aus meiner Sicht Sinn, klassische Disziplinen, Lehrstuhldenken, zu durchbrechen, wenn möglich und zu Gunsten von Themen zu entwickeln. Und genau das haben wir vor. Wir werden versuchen, Themen zu entwickeln, die eine grosse Relevanz haben bei den Problemstellungen der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Politik und hier als Plattform versuchen, wissenschaftlich zu unterstützen. Und ich glaube, es braucht ganz gewiss auch bei der Entwicklung von Curriculas sie alle und auch die Corporate World, um gemeinsam zu planen, wie die Curriculas der Zukunft aussehen. Es ist ja nicht mehr so, wie schon angetönt, dass die Universitäten einen Abstand haben von hundert Jahren und dass wir als Professoren oder Nicht-Professoren sagen, so ist es jetzt. Viele Unternehmen haben bereits die Universitäten bei den Ausbildungsprogrammen überholt. Und die suchen genau gezielt die Persönlichkeiten aus, die sie brauchen.

Deshalb glaube ich, genau aus diesem Grund sind die Bodensee-Hochschulen ein idealer Rahmen, eine Plattform, um diese, um unsere Anliegen der Bodenseeregion zu spielen. Wir haben ja einerseits, Sie sehen es auf Folie 15, Mehrwert der IBH für die Universität Liechtenstein, aber auch für die Region. Es ist genau das Thema der regionalen Verankerung, das ja an Bedeutung gewinnt. Das spüren Sie wahrscheinlich alle. Nicht nur aus der US-amerikanischen Politik, sondern man spürt natürlich in den letzten Jahren doch das Thema, das insbesondere für öffentliche Institutionen an Bedeutung gewinnt. Und das sollte auch kein Selbstzweck sein, sondern es sollte eine Natürlichkeit sein, ich nenne es einmal so, die Balance zwischen Internationalisierung und Globalisierung und Regionalisierung. Und da hat die IBH

entscheidende Mittel, denken wir an Studierendenaustausch zwischen den Schulen, in der Lehre, an gemeinsame Programmentwicklungen, die länderübergreifend schon laufen. Denken Sie an die Einladung und Bekanntmachung, Imageentfaltung dieser IBH, dieses Bodenseeraumes, denken Sie an die Aus- und Weiterbildung, die hier auch draufsteht und natürlich das Thema der Forschung. Sie finden hinten unzählige Beispiele, wie bei uns das Fluidglas in Form von Volumen von Schweizer Franken 5 Mio. aus der Architektur herauskam, ein Energiethema, wo Fluidglas entwickelt wurde. Und jetzt auch getestet wird auf Malta und Kreta und auch hier ein halbes Jahr stand, um die Messwerte zu generieren, für zukünftiges Glas an Fassaden.

Etwas Kritik gebe ich mit. In der IBH haben wir natürlich auch verschiedene Typen von Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten. Das sind Systembrüche, wenn man so will, und die Projekte sind manchmal sehr schwierig, auch wenn sie länderübergreifend sind, auch hochschulübergreifend zu spielen. Das ist an sich auch der Wunsch der IBH. Und deshalb ist es manchmal sehr schwer, auch vor dem Hintergrund dieser kleinen Mitteltöpfe, (also manchmal sind da Euro 20'000 - um einen Betrag zu nennen - im Umlauf, und das ist sehr wenig), dass sich eine Universität da überhaupt bewegt. Ertrag und Aufwand sind Themen.

Ein anderes Thema ist, ob diese IBH-Form tatsächlich schon angekommen ist. Bei den Hochschulen, gemeinsamer Eintritt, Bibliotheken, ist dieses Logo überall drauf? Machen Universitäten mit? Gibt es Vorangänge? Also da gibt es unzählige Themen, die hinterherlaufen.

Deshalb glaube ich, dass diese Netzwerkeffekte nur darin entstehen können und damit die selbstverstärkenden Effekte, wenn alle Player zusammenspielen, das sind Sie, das ist die Bildung, das ist die Corporate World. Und ich glaube, das ist genau der nächste Schritt, generell auf dieser Welt, wenn es die Stakeholder schaffen, an den Tisch zu kommen und einen pragmatischen Ansatz zu entwickeln, um genau diese Themen der Zukunft im Bodenseeraum zu entfachen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank, Herr Rektor Brücker. Gibt es Diskussionsbeiträge oder Fragen? Da wir ja das Vergnügen haben, heute Nachmittag die Universität zu besuchen, wird dann selbstverständlich auch noch Gelegenheit bestehen, sich auszutauschen.

Cornelia Michalke (Vorarlberg): Ich bedanke mich für die interessanten Ausführungen. Sie haben ganz am Anfang eine Frage gestellt und irgendwie hat mir jetzt im Laufe des Vortrages noch die Antwort dazu gefehlt. Vielleicht können Sie mir die noch geben. Und zwar haben Sie von einem strategischen Plan der Bodensee-Unis gesprochen und ein Fragezeichen dahinter gestellt, ob dies in dieser Bodenseeregion untereinander abgesprochen ist. Und für mich wäre es jetzt interessant zu wissen, ist es abgesprochen oder ist es nicht abgesprochen? Und wo gibt es Verbesserungsvorschläge?

Dr. Jürgen Brücker (Rektor der Universität Liechtenstein): Ich glaube, die Frage habe ich auch an sich so gestellt. Für mich ist diese Frage offen. Ich bin hier nach wie vor als Rektor, vorher war ich in der IBH in der Rektorenkonferenz, aber die Frage wurde nicht behandelt. Der Teil der Bildung spielt sich aus meiner Sicht nicht auf einer strategischen Ebene ab. Es sind ja Projekte, die laufen und Angebote, die länderübergreifend moderiert und entwickelt werden, aber ich denke da eher an den Markenkern, den ich zu Beginn gezeigt habe. Es geht

hier schlussendlich auch um die Angebote, die Universität, in der Lehre oder in der Forschung, welche Themen sie behandeln, welche Disziplinen und so weiter. Ich glaube, das ist wie bei den Spitälern, da gibt es ja auch viele Diskussionen, zu Gunsten Zentralisierung, versus und so weiter. Es geht hier um die Ausdifferenzierung, ich kann die Frage schlichtweg nicht beantworten. Deshalb frage ich Sie, welche Intention Sie hätten, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Emil Sänze (Baden-Württemberg): Vielen Dank für den Vortrag, Herr Brücker. Ich habe ein Stichwort aufgenommen. Und zwar sagten Sie, Big Data ist das Entscheidende in der Zukunft, das heisst die Wissensspeicherung in den Daten. Haben wir diesen Krieg nicht schon lange verloren gegen die Amerikaner? Und wie beurteilen Sie, dass fast 90% der Algorithmen jetzt schon in den USA liegen?

Dr. Jürgen Brücker (Rektor der Universität Liechtenstein): Dies ist ein Thema, wo man sehr nachlässig war, das glaube ich auch, aber vielleicht ist dies auch kulturell ein Stückweit begründet. Die Frage ist, wie wir damit umgehen und auch strategisch damit umgehen oder auch vom Unternehmertum her. Ich meine, wenn Sie an Startups denken - grundsätzlich hat die amerikanische Kultur einen komplett anderen Ansatz. Da ist mehr Unternehmerfreude, und auch die Finanzierungsfreude der Umgebung ist sehr viel grösser. Im europäischen und insbesondere im deutschen Sprachraum - ich vereinfache einmal sehr stark stereotyp - ist das sehr viel zurückhaltender, weil wir wollen ja erstmal sehen, ob unsere Jungen sich dahingehend auch bewähren. Und zu dem anderen Punkt glaube ich ist es ja nicht nur Big Data, es ist eben ein ganzes Thema. Es ist nicht Big Data, es ist Business Process Management, es ist Digital Innovation und Entrepreneurship. Es ist Big Data, und auch die anderen Themen, die Rechtsthemen. Wenn Sie das Beispiel autonomes Fahren auf der Strasse haben, geht es ja auch um ethische Fragen: wen überfahren Sie nachher im Zweifelsfall? Und es geht auch um die Fragen der Rechtsgrundlagen dafür. Wir haben ja zum Beispiel für den Bankenplatz hier und auch in der Schweiz sehr viele Grundlagen geschaffen, die für uns reglementieren, aber die Exekution fällt natürlich teilweise sehr schwer und insbesondere auch in den Systembrüchen. Grossunternehmen haben das Vermögen, das auch schneller und flexibler umzusetzen, auch das Lobbying. KMUs dagegen, und das ist hier im Ländle und überall natürlich ein Punkt (hier gibt es noch extreme Ratio-Verhältnisse), KMUs mit dieser geballten Innovationskraft, bringt das weiter. Und deshalb geht wahrscheinlich eine andere Kultur etwas anders damit um, als wir hier im deutschsprachigen Raum.

Dr. Paul Wengert (Bayern): Zunächst vielen Dank für den Vortrag über die Universität Liechtenstein, die wichtiges Glied, wichtige Mitwirkende in dieser Bodenseehochschule ist. In der Vorbereitung auf diese Konferenz haben wir auch bei unserer Mitgliedshochschule nachgefragt, der Hochschule Kempten, was nun die Beteiligung an der Internationalen Bodenseehochschule angeht. Und wenn ich da richtig informiert worden bin, ist das Budget der Bodenseehochschule nicht allzu üppig. Mit der aktuellen Leistungsvereinbarung stellt die IBK dem Verbund im Zeitraum 2014 bis 2017 jährlich EUR 645'000 zur Verfügung. Und IBK und das Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein finanzieren mit jährlich bis zu EUR 250'000 die Durchführung von Kooperationsprojekten. Da liegt meines Erachtens schon eine Schwierigkeit, denn wie uns die Hochschule Kempten mitteilt, werden alle Projekte durch länderübergreifende Kooperationen mehrerer Hochschulen durchgeführt. Das bedeutet, dass die bewilligten Mittel aufgeteilt werden müssen. Und bei einer Grössenordnung von gut

EUR 200'000 bleiben für die einzelnen Hochschulen zu wenig Mittel zur Beschäftigung von Mitarbeitern, die die Projekte abarbeiten. Die Hochschule hat ein Beispiel genannt: derzeit befindet sich ein Professor in einem Konsortium, welches in einem Wettbewerb circa EUR 150'000 avisiert, was durch 4 Hochschulen zu teilen und dann auf 2 Jahre zu veräußern ist. Für die Hochschule Kempten bedeutet das, dass sie im Falle eines Zuschlages – dies immer vorausgesetzt - EUR 35'000 einwerben könnte. Diese Mittel reichen aber nicht, um eine wissenschaftliche Mitarbeit auf 2 Jahre zu finanzieren. Deswegen kommt der Vorschlag, sich auf eher weniger Projekte zu konzentrieren, die aber besser finanziert sind, oder die ausgeschriebenen Summen sollten erhöht werden. Wie ist Ihre Position als Rektor dazu? Würden Sie das unterstreichen oder was können wir als Parlamentarier tun, um diese jetzt von der Hochschule Kempten doch als eher schwierig empfundene Situation zu verändern? Wobei ich zum Schluss noch einen Satz aus der Stellungnahme zitieren möchte, den ich für sehr wichtig halte: «Insgesamt bietet uns die Internationale Bodenseehochschule gute Möglichkeiten, grenzüberschreitende Projekte durchzuführen, wovon wir auch regen Gebrauch machen.» Ich glaube, das ist ein Feedback, das für die Arbeit auch ganz wichtig ist.

Dr. Jürgen Brücker (Rektor der Universität Liechtenstein): Vielen Dank für die Frage. Sie haben an der Stelle ja gehört, dass Projekte auch in der Forschungsebene auf Jahresbasis mit etwa EUR 25'000 ausgestattet sind. Das ist natürlich knapp resp. sehr wenig, um überhaupt in die Gänge zu kommen, geschweige denn, einen Wettbewerb im internen zu entfachen, weil es ist ja einfach Schweizer Nationalvorhaben, weil wir haben interne Forschungsförderungsfonds, wir haben von der österreichischen Seite Fonds, aus Deutschland, deshalb sind die nicht kompetitiv. Das ist ziemlich simpel, und trotzdem darf ich auch das Signal hier geben, dass die Universitäten, die Fachhochschulen und die pädagogischen Hochschulen dabei sind, also es gibt ein Commitment grundsätzlich zur IBH. Ich würde mir aber wünschen, dass langfristig die Kasse stärker gefüllt wird, damit es eine Konzentration gibt über Projekte, die wettbewerbsfähig sind, oder vielleicht gibt es noch andere Möglichkeiten. Aber das geht in die richtige Richtung. Es gibt ja noch verschiedene Ebenen, den Forschungsteil, den Lehrentwicklungsteil und den internationalen Teil. Im internationalen Teil der Universität, der Fachhochschulen, wo gemeinsame Programme, diese Rotation der Programme zwischen den Schulen passiert, ist es sehr wertvoll. Hier geht es um die Imageentwicklung für Gaststudierende und Sprachkompetenzen im Bodenseeraum, und da ist es völlig in Ordnung. Aber in der Forschung ist es zu wenig, denken Sie auch an die technische Seite.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Im Interesse unseres Zeitplanes möchte ich an dieser Stelle das Traktandum beenden. Wie schon gesagt, es besteht ja die Möglichkeit, sich heute Nachmittag beim Besuch der Universität weiter auszutauschen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Rektor Dr. Brücker und freue mich, dass wir uns heute Nachmittag nochmals treffen können. Vorerst aber darf ich Ihnen ein kleines Präsent als Ausdruck unseres Dankes überreichen.

4. Genehmigung des Protokolls der 47. Sitzung der IPBK vom 21. Oktober 2016

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir gehen über zu Traktandum 4: Protokollgenehmigung. Gibt es Wortmeldungen zum Protokoll der 47. Sitzung vom 21. Oktober 2016 in Zürich? Das scheint nicht der Fall zu sein, somit ist das Protokoll genehmigt und wird verdankt.

5. Bericht zur Internationalen Bodensee-Konferenz (künftige Zusammenarbeit mit der IPBK, Überarbeitung der Homepage, aktueller Stand Leitbild IBK)

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir kommen zu Traktandum 5: Bericht zur Internationalen Bodenseekonferenz. Ich begrüsse den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der IBK, Herrn Horst Schädler. Herr Schädler, seines Zeichens Regierungssekretär in Liechtenstein, wird Ausführungen zur künftigen Zusammenarbeit mit der IBK, zur Überarbeitung der Homepage und zum aktuellen Stand in Sachen Leitbild der IBK machen, so steht es zumindest auf der Tagesordnung. Der vorgesehene Zeitrahmen inklusive Diskussion würde 20 Minuten betragen. Herr Schädler, ich bitte Sie um Ihre Ausführungen.

Horst Schädler (Vorsitzender des ständigen Ausschusses der IBK, FL): Vielen Dank. Ich versuche, mich an diese Vorgabe zu halten und ich danke auch für die Einladung, hier sein zu können und die Möglichkeit, mit Ihnen über die IBK-aktuellen Themen zu sprechen. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich eine kleine Einführung machen und dann zu den einzelnen Punkten, wie in der Traktandenliste aufgeführt, Stellung nehmen und dann für die Diskussion gerne zu Ihrer Verfügung stehen.

Ich würde noch gerne vorneweg ein paar Worte zum Vorsitzjahr Liechtensteins ausführen. Liechtenstein hat den Vorsitz übernommen in dem Sinne, dass wir ein grosses zentrales Thema haben: das Leitbild der IBK zu überarbeiten. Wir haben das Jahr deswegen unter das Leitmotiv «Nachbarschaft macht's möglich - 10 Mitglieder, ein Raum» gestellt, um damit eigentlich den Wert der Nachbarschaft etwas fokussierter in das Zentrum dieses Prozesses zu stellen. Weil wir denken, der IBK-, der Bodensee- oder der regionale Raum, wie man ihn auch immer definieren will, das wird auch mehrfach ausgeführt, hat eigentlich ein enormes Potenzial, aber man spricht nur immer vom Potenzial. Man kann sicher feststellen, dass in diesen 45 Jahren, in denen die IBK wirkt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert. Aber sie funktioniert nur in dem Sinne, indem auch der Freiraum oder der Raum dafür gegeben ist, sei es auf der Verwaltungsebene, rechtliche Vorgaben, Grenzen, Zuständigkeiten etc. Aber als Fazit kann man festhalten, dieser Wirtschaftsraum, dieser Kulturraum, dieser Lebensraum hat ein enormes Potenzial.

Deswegen kam dann auch bei uns die Frage auf: warum wird dann das Leitbild überarbeitet, es funktioniert ja. Auch wenn man das in einem etwas grösseren Kontext betrachtet. Zürich hat diesen Prozess zusammen mit Baden-Württemberg angestossen, das letzte Leitbild ist ja gute 10 Jahre alt, da stellt sich schon die Frage, wieso das Leitbild zu überarbeiten ist. Was ist an und für sich der Mangel oder das Defizit, wie wird das betrachtet? Immer dann, wenn man zurück auf das Potenzial kommt, hat man eigentlich die Grundauffassung, dass die Wir-

kung irgendwie fehlt. Es wäre mehr möglich. In diesem Strategieprozess - wir nennen ihn deswegen auch Perspektive 10.1, angelehnt an unser Leitmotiv, dass 10 Mitglieder eine Strategie, eine Perspektive ausarbeiten - wird nicht nur eine Perspektive fokussiert, sondern es soll versucht werden, 4 Vorgaben der Regierungschefkonferenz gerecht zu werden. Man kann sie nach den Himmelsrichtungen ausrichten, Norden, Süden, Osten, Westen, im Sinne von Süden - Sichtbarkeit, Norden - Nachhaltigkeit, Osten - Orientierung und Westen - Wirkung.

Und in diesem Prozess werden spannende Fragen aufgeworfen. Fragen, die eigentlich schon lange geklärt sein sollten, müssten, könnten. Es heisst Modellwirkung, Modellcharakter, Modellregion, aber für was konkret? Oder Governance, interne oder externe Governance? Wie ist das Zusammenspiel, das Zusammenwirken, um diesen erwarteten Zielsetzungen der einzelnen Mitglieder gerecht zu werden und auch ins Ziel zu führen? Meines Erachtens - und dies ist eher eine persönliche Einschätzung - liegt der Schlüssel in zwei Grundthemen, die unterschwellig immer mitgehen, aber noch nie so an die Oberfläche getragen wurden. Das eine ist ein ganz klares Raumverständnis. Ich denke, in der Raumplanung, in der Raumentwicklung werden viele Lösungen möglich sein, wenn man sich dem mit mehr Freiraum annehmen kann. Das zweite fällt unter den Begriff «Next Generation». Wir leben in einem Zeitalter, in dem die Jugend nicht nur von den Eltern oder von gewissen Institutionen wie dieser hier lernen und übernehmen und diese Denkmuster weiterführen, sondern es sieht so aus, dass vor allem die jungen Leute eigene Denkmuster und auch andere Zusammenarbeitsformen entwickeln.

Das geschieht in Subkulturen, die wir gerne in der Kultur so mitnehmen, aber auch in der Wirtschaft entstehen plötzlich distributive Tendenzen im Sinne von: es geht nicht mehr um besitzen und haben, sondern es geht um teilen. Es geht um ganz andere Formen, die auf den ersten Blick ganz nett erscheinen und vielleicht auch ein Geschäftsmodell in den gängigen Mustern sein könnten. Aber wenn man jetzt ehrlich ist und die politische Landschaft hierfür als Beispiel hernimmt, ist es doch so, dass man sich gewisse Sachen nicht mehr erklären kann. Nicht mehr schlüssig ist mit den Denkmustern, die wir gewohnt sind und die wir gelernt haben, für durchgängig erklären lassen und am Ende ganz klar ist, wie das Projekt zu definieren und was zu tun ist.

Nehmen wir doch das Beispiel in der grossen Politik: Brexit, Grossbritannien tritt aus der EU aus. Man wird das schon irgendwie zustande bringen, aber das war nicht das Ziel, die Idee der EU. Oder Erdogan: er scheint das Interesse an der Europäischen Union zu verlieren. Ist die EU nicht mehr attraktiv? Amerika, Trump... Ich habe zwar in der Schule gelernt, dass jeder in Amerika Präsident werden kann, aber dass es dann wirklich einmal so passiert, scheint mir doch etwas gewagt. Und so auch Putin; Europa ist für ihn irgendwie eine Pflicht und wir sind mittendrin.

Und wenn sich solche Tendenzen irgendwie fortsetzen? Das ist der Grund für die Strategie, dann beginnen sich alle auszurechnen und zu überlegen, was muss geändert werden, wohin soll es gehen. Und bei diesem Strategieprozess, wenn man wieder auf das Konzentrat Bodenseeregion zurückgeht, stellt sich schon die Frage: was kann diese Bodenseeregion mehr erreichen, im Sinne der Zusammenarbeit, im Sinne der Zielsetzung, im Sinne der Möglichkeiten, die wir gegeben haben und haben? Und in diesem Sinne erscheint es mir, sollte

man diesen Strategieprozess sehr ernst nehmen und sich auch wirklich die richtigen Fragen stellen. Wir sind jetzt in der Halbzeit, und es ist uns soweit gelungen in der Regierungskonferenz, dieses Umfeld zu schaffen, dass man die Fragen offen und konkret angeht und sich wirklich die Zielsetzungen geben will, damit man diese Bodenseeregion im Verständnis so weit bringt, dass sie auch ihre Möglichkeiten wirklich ausschöpft.

Einen Punkt möchte ich noch einführend erwähnen. Ich glaube, hier geht es dann auch in den Folgefragen, die wir im Traktandenpunkt haben, im Detail darum, und es wurde auch von meinem Vorredner kurz ausgeführt, dass dieser Region etwas abhandengekommen ist, nämlich die Fähigkeit, regional zu denken. Ich habe mir die Mühe gemacht, zurückzugehen ins Jahr 1998, und habe in den Unterlagen den Grund, warum Liechtenstein die Mitgliedschaft zur IBK beantragt und auch angenommen hat, herausgesucht. Dieser war in einem Satz klar festgehalten: regionale Themen - damals wurde von Problemen gesprochen - regional zu lösen. Ich denke, diese Flughöhe, dieses Verständnis, ist das richtige. Und da kommt es darauf an, dass die Institutionen wie die Parlamente, die Regierungschefs, auch wirklich aufeinander abgestimmt und im Sinne eines klaren Rollenverständnisses diesem gerecht werden.

Zum Schluss möchte ich noch eines mitgeben, es wurde zum Teil schon angesprochen. Man kann immer das Glas halb voll oder halb leer sehen, aber ich denke, die Zeit ist gekommen, dass diese Region sich ein eigenes klares Selbstverständnis gibt. Und zwar gibt es verschiedene Ansichten, wie sich die Welt entwickeln wird, welche Trends auf uns zukommen, was von uns verändert wird, was Chancen und Risiken sind. Da bin ich sicher, wenn wir eine Umfrage machen, werden wir sehr verschiedene Bilder mitnehmen können.

Aber wenn man es etwas zusammenfasst, und das ist auch eine persönliche Meinung, gibt es 3 Trends. Der Eine ist, das hat sich schon bewahrheitet, die Marktwirtschaft hat sich durchschlagend durchgesetzt. Es gibt glaube ich nur noch ein Land auf der Welt, das ist Nordkorea, das noch eine kleine andere Ansicht hat, dass man die Wirtschaft steuern kann. Aber grundsätzlich ist die Marktwirtschaft das Fundament, und es geht um die Wirtschaft. Daraus wird sich, das ist ein ernstes Thema, die Frage stellen: wo werden sich die Machtzentren bilden und entstehen? Man geht davon aus, dass in der Welt 600 Regionen das Potenzial haben, die Machtzentren der Welt zu werden, das heisst, die Machtzentren vom Staat, sprich Washington. Das wird nicht mehr dort sein, sondern das Machtzentrum wird dort sein, wo die Wirtschaft stark ist, das werden Metropolitanräume sein.

Und diese Metropolitanräume werden sich dann durchsetzen können, wenn sie die Themen Wirtschaft, Wissenschaft, Migration, Infrastruktur, Innovation am besten aufeinander abstimmen und regeln können. Und der dritte Trend ist uns tagtäglich in den Händen, das ist die Digitalisierung. Niemand vermag zu beurteilen, was sie alles bewirken wird. Ich glaube, wenn man das iPad und das Handy bedienen kann, das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Aber die Digitalisierung wird so viel verändern, dass auch die ersten zwei Punkte damit mitgetragen sind. Deswegen kommt die Strategieüberarbeitung genau zum richtigen Zeitpunkt. Es geht wirklich darum - das ist dann meine Bitte, darauf komme ich noch zurück - in der Konsultation zum Strategieprozess der IBK, in welchen die Parlamentarier natürlich eingeladen sind, sich auch wirklich ernsthaft die Zeit zu nehmen und sich dies vor Augen zu

führen, was das für die Region bedeuten könnte und welchen Beitrag jeder einzelne oder im Gremium oder Organ dazu beitragen kann.

Damit wäre ich eigentlich mit meinen einleitenden Ausführungen durch, und wenn Sie einverstanden sind, würde ich punktuell auf die drei Themen zu sprechen kommen, die Sie auf die Traktandenliste gesetzt haben.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wenn ich bitten darf, dies in der gebotenen Kürze zu tun, soweit dies überhaupt möglich ist, da wir doch im Zeitplan schon sehr weit fortgeschritten sind.

Horst Schädler (Vorsitzender des ständigen Ausschusses der IBK, FL): Das mache ich. Der Strategieprozess steht soweit, dies wurde das letzte Jahr von Klaus-Dieter Schnell ausgeführt. Wir haben das Leitbild erarbeitet, die Regierungschefs haben dieses provisorisch genehmigt. Am 7. Juli, und das ist der zweite Schritt, werden die Regierungschefs darüber entscheiden, welche strategischen Stossrichtungen oder Handlungsfelder sie aufgrund des Leitbildes orten, um dort fokussiert und kompakt Akzente zu setzen. Wenn die Regierungschefs diesen Entscheid gefällt haben, werden wir in eine Konsultation gehen, das wird nach den Sommerferien sein, und die entsprechenden Gremien, Institutionen, Organisationen um eine Stellungnahme bitten. Und wir stehen dann auch zur Verfügung für Rede und Antwort, um die einzelnen Überlegungen im Detail zu erklären. Aber wir müssen abwarten, bis die Regierungschefs grünes Licht dafür geben, und dafür bitte ich auch um Verständnis, dass vorab keine Papiere verteilt oder zugestellt werden können, weil es noch keine definitiven Versionen gibt. Das Ziel ist, im Dezember das Leitbild, die Strategie und einen entsprechenden Massnahmenplan, sprich Leuchtturmprojekte, zu genehmigen und ab 2018 auch umzusetzen.

Dabei spielt natürlich die Zusammenarbeit mit der IPBK eine zentrale Rolle. Da wird auch überlegt, in welchen Formen dieser Austausch und auch in der Erarbeitung der Zielerreichung miteinander koordinierter vorgegangen werden kann. Das würden wir dann auch im Konsultationsprozess etwas vorstellen und die Ideen präsentieren. Das bedeutet, auch was den Stand der Homepage betrifft: so lange natürlich der Strategieprozess und die Ausrichtung für die nächsten 5 bis 10 Jahre nicht definiert ist, wird auch die Homepage bei uns nicht überarbeitet. Aber es steht die Überlegung an, dass man diesen Prozess zusammen starten kann. Und das wird, so wie es aussieht, frühestens Anfangs 2018 sein, um hier ein konkretes Projekt definieren zu können.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Damit darf ich die Diskussion eröffnen. Gibt es Wortmeldungen?

Dr. Paul Wengert (Bayern): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben uns ja in der 46./47. Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob und wie man sich aus der Mitte der Parlamentarierkonferenz an der Arbeit eines neuen Leitbildes beteiligen kann, und wir haben beschlossen, dass die Arbeitsgruppe *Statutenänderungen* auch diese Aufgabe übernehmen soll. Sie haben um Verständnis gebeten, dass es noch keine Informationen zum neuen Leitbild gibt. Dann stellt sich natürlich sofort die Frage, wann wird es denn diese Informationen geben, denn es gibt einen Beschluss der Regierungschefs. Also die Grundsätze sind beschlossen, liegen offensichtlich vor und stehen fest. Insofern wäre ich sehr daran interessiert zu erfahren,

wann wir denn die Unterlagen bekommen und bis wann die IPBK ihre Stellungnahme vorlegen soll. Wäre es denn nicht überlegenswert gewesen, das Pendant der Internationalen Bodensee Konferenz, also unsere Konferenz, nicht anders zu behandeln als andere Institutionen? Ich habe ja Verständnis, wenn man die Entscheidung der Regierungschefs nicht in die ganzen Länder hinausposaunt und damit Diskussionen auslöst, die man vielleicht nicht will. Aber ich weiss nicht, ob das der richtige Umgang ist mit der Parlamentarier-Konferenz, dass wir so wie jeder dritte Andere erst sehr spät erfahren, was dort beschlossen worden ist. Also diese Kritik darf ich für Bayern vortragen und die Frage stellen: wann will die Internationale Bodensee-Konferenz unsere Stellungnahme, und wann bekommen wir die notwendigen Unterlagen?

Horst Schädler (Vorsitzender des ständigen Ausschusses der IBK, FL): Vielen Dank für die konkrete Frage. Der Prozess, der wurde letztes Jahr etwas aufgezeigt, ist folgender: die Regierungschefs haben das Leitbild provisorisch genehmigt. Und diese provisorische Genehmigung hängt von der Strategieebene ab, und das ist ja neu, die hat es vorher nicht gegeben. Es gab ein Leitbild und einen Massnahmenkatalog. Diese Strategieebene wurde neu eingeführt im dem Sinne, dass man die grenzüberschreitende Arbeit nicht im Sinne der Kommissionsarbeit so gewähren lässt und steuert, sondern dass die Regierungschefs ganz bewusst strategische Felder aussuchen und diese dann auch mit Massnahmen untermauern wollen. Das bedeutet, erst wenn die Regierungschefs diese Stossrichtungen genehmigen, haben wir auch eine Grundlage, um diese zu verteilen und in eine konkrete Diskussion zu führen. Das Leitbild ist an und für sich eine sehr hohe Flughöhe, aber die Strategiefelder geben dann bekannt, welche Fokuspunkte die Regierungschefs als wichtig erachten, schneller, intensiver vorwärts zu kommen, und das wird dann auch kommuniziert. Ich glaube, das ist auch eine gute Grundlage, um zu diskutieren, ob die Strategie, die die Regierungschefs für die Bodenseeregion sehen, als IBK auch ihre Rolle definieren wollen, als Grundlage dann um zu diskutieren, ob dieses Zustimmung findet, ob da Kritik angebracht ist. Ich glaube, es wäre für den Prozess etwas wackelig gewesen, wenn man zu früh die Themen ohne selbst eine klare Vorstellung zu haben, in einen Konsultationsprozess gibt. Ihre Frage, wann Sie das gestellt bekommen: das wird am 7. Juli entschieden, und ich gehe davon aus, dass im Laufe des Julis die Parlamentarier durchaus mit diesen Unterlagen betraut werden können.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ansonsten würden wir uns exakt dem Zeitplan entsprechend von diesem Traktandum verabschieden. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Horst Schädler.

Dr. Paul Wengert (Bayern): Wenn das jetzt noch ein laufender Prozess ist, möchte ich eine Bitte aus bayerischer Sicht äussern, dass man auch bei der Festlegung der Strategie im Hinterkopf hat, dass die bestehenden Gremien dadurch nicht gegenseitig geschwächt werden, also IBK, Bodensee Tourismus GmbH, unsere Konferenz, Internationaler Städtebund, der Bodenseerat. Wenn ich diese Bitte einfach noch mitgeben darf, Herr Schädler.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Ich stelle keine weiteren Wortmeldungen fest. Wenn Sie sich jemals von mir übergangen fühlen, bitte ich Sie, sich kurz mit einem Handzeichen zu melden, damit ich wirklich keine möglichen Redepositionen auslasse. Damit würden wir Traktandum 5 als erledigt betrachten. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Horst

Schädler und ich denke, wir dürfen Sie an der Herbstkonferenz wieder begrüßen, um die weiteren Entwicklungen vorzustellen. Herzlichen Dank.

6. Information und Anträge aus dem Steuerungsausschuss

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Damit kommen wir zu Traktandum 6: Information und Anträge aus dem Steuerungsausschuss. Der Steuerungsausschuss setzt sich derzeit statuten-gemäss aus den Delegationsleitern des Kantons Zürich, des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Schaffhausen zusammen. Wir haben uns in der Zwischenzeit zu zwei Sitzungen getroffen, am 16. Dezember 2016 in Zürich und am 4. April 2017 in Vaduz. Dabei haben wir uns für den Steuerungsausschuss auf folgende Sitzungsrhythmen geeinigt: je eine Sitzung 6 bis 8 Wochen vor der Frühjahrs- und Herbsttagung. Und zusätzlich eine Sitzung im Nachgang der Herbsttagung zur Stabübergabe an den kommenden Gastgeber. Im Wesentlichen haben wir die Sitzungsthemen für das Jahr 2017 festgelegt, weiter und damit komme ich gleich zu Traktandenpunkt 6a, haben wir Grundlagen für zwei Arbeitsgruppen erarbeitet. Dies um der statutarischen Zielsetzung, Projekte anzuregen und vorausschauend für eine nachhaltige Entwicklung der Bodenseeregion zu sorgen, entsprechen zu können. Diese Arbeitsgruppen werde ich nun in Vorschlag bringen. Nach der jeweiligen Eintretensdiskussion werden wir zuerst darüber abstimmen, ob die Arbeitsgruppe eingesetzt wird. Danach werden wir die personelle Besetzung vornehmen. Wir gehen davon aus, dass die Mitgliedsländer bzw. Mitgliedskantone Anspruch auf je einen Sitz in einer Arbeitsgruppe haben. Das ergäbe eine Maximalgrösse von 10 Personen in einer Arbeitsgruppe. Auch schlagen wir vor, dass eine Arbeitsgruppe mindestens 5 Mitglieder haben muss.

Die erste vorgeschlagene Arbeitsgruppe betrifft den Flughafen Zürich, im Besonderen die Problematik des Fluglärms. Der Kanton Schaffhausen hat sich verdankenswerterweise bereit erklärt, den Vorsitz in dieser Arbeitsgruppe zu übernehmen, sofern sie zustande kommt. Der Antrag liegt Ihnen vor. Darf ich Markus Müller bitten, das Konzept kurz vorzustellen.

Markus Müller (Kanton Schaffhausen): Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gerne mache ich das und nehme diese Aufgabe wahr. Ich erlaube mir zuerst noch ein Vorwort zu diesen Arbeitsgruppen. Es wurde ja vom Kollegen Reinhold Bocklet etwas bemängelt, dass es nicht ein exklusives Recht des Steuerungsausschusses ist, Arbeitsgruppen vorzuschlagen, und das ist natürlich so. Jeder ist aufgerufen, Vorschläge für Arbeitsgruppen zu machen, und dann werden wir das natürlich im Gremium auch bringen. Wenn du das Herrn Bocklet ausrichten würdest, Paul.

Dann zur Arbeitsgruppe *Flughafen Zürich betreffend Fluglärm*. Es ist eine etwas festgefahrene Situation, und zwar über Jahre hinweg. Begonnen hat die Geschichte schon vor Jahrzehnten. Und das ist wirklich eine Geschichte, die bemerkenswert ist und schlussendlich auch etwas tragisch. Der Vorschlag kam eigentlich vom Kanton Zürich als Betroffener. Es kam die Frage, ob wir vielleicht eine Arbeitsgruppe bilden und so etwas Bewegung hineinbringen könnten, vor allem auf der Parlamentarier-Ebene. Bis jetzt wurde es immer auf der Ebene der Regierung oder des Bundesparlaments besprochen, und dort ist es, wie gesagt, festgefahren. Schlussendlich spielt da die Meinung der Länder und der Kantone eigentlich die grössere Rolle. Ich glaube, Berlin interessiert es eigentlich fast nicht, was in Hohentengen läuft,

und Bundesbern interessiert es eigentlich auch nicht, was im Norden der Schweiz passiert. Und darum bin ich der Meinung, sollten die Länder und die Kantone da mitsprechen können.

Wir haben dann gesagt, Baden-Württemberg und Zürich sind Partei, sind sehr stark Partei, und darum haben wir im Sinne der guten Dienste gesagt, Schaffhausen würde sich bereit erklären, den Vorsitz zu übernehmen. Wir haben dann auch dieses Papier mit ein paar Ideen, das Ihnen vorliegt, zusammengestellt. Ganz kurz: das Ziel ist sicher nicht, dass wir das Problem lösen können, das können wir nicht. Aber wir können, wie gesagt, hoffentlich wieder etwas in Bewegung bringen. Und das Maximum, das wir können im Rahmen dieser Konferenz hier ist, allenfalls eine Resolution zu formulieren zuhanden der Regierungen im Bodenseeraum oder wo immer. Und es geht von mir aus gesehen darum, zuerst einmal eine Ausleageordnung zu machen, wie der Status ist, wie ist das Ganze zustande gekommen, dann auch die aktuellen Meinungen einzuholen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Parlamentarier näher am Volk sind als die Regierungen. Also, ich glaube, die Vertreter in Waldshut, die wissen, was die Bevölkerung in Hohentengen beschäftigt, die Zürcher wissen, was ihre Leute beschäftigt, und wir in Schaffhausen wissen es von unseren. Und da wissen die Regierungen in Stuttgart oder in München oder irgendwo das wahrscheinlich zu wenig, das ist ja auch das politische System, das wir haben, das demokratische.

Dann holen wir die Meinungen, da bin ich der Ansicht, auch von Fachgremien der Luftämter, dass die sich dazu äussern können. Und dann versuchen wir vielleicht, mögliche Lösungsansätze aus unserer Sichtweise zusammenzustellen, die sie dann in irgendwelcher Form auch kundtun. Zur Zusammensetzung - Albert hat es bereits gesagt: grundsätzlich ist es erwünscht, dass wir eine möglichst breite Abstützung haben, dass jedes Land, jeder Kanton einen Vertreter bringt, auch wenn Bayern beispielsweise nicht direkt betroffen ist. Auch sie können Ideen einbringen. Sie können vielleicht auch sagen, wie es in München funktioniert, wo ähnliche Probleme sind, usw.

Ich habe jetzt vielleicht noch eine etwas revolutionäre Idee. In diesem speziellen Zusammenhang wäre vielleicht auch zu diskutieren, ob wir allenfalls sagen würden, dass der Kanton Zürich und das Land Baden-Württemberg, das wirklich stark betroffen ist von der ganzen Sache und Partei ist, ob sie allenfalls das Recht zugesprochen bekommen, wenn das Interesse da ist, je 2 Vertreter vorzuschlagen. Das könnte man diskutieren, und ich würde das als eine Möglichkeit sehen, um das Ganze noch etwas besser abzustützen. Ich bin jetzt gespannt, wie der Vorschlag ankommt, den wir hier unterbreiten, und gebe das Wort zurück an den Vorsitzenden.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Ich denke, im Sinne einer besseren Handhabung unseres Mikrofonproblems wäre es am besten, wenn Sie sich mit Handerheben melden, und der Parlamentsdienst wird Ihnen dann das Mikrofon öffnen. Ansonsten schalten wir uns jeweils gegenseitig wieder aus. Wem darf ich zuerst das Wort erteilen?

Wilfried Klenk (Baden-Württemberg): Herr Vorsitzender, lieber Albert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf mit einem Zitat unseres Verkehrsministers beginnen, aus einer Plenardebatte vom 5. April diesen Jahres zu diesem Thema, der gesagt hat: «Mit der Schweiz verbindet uns eine jahrhundertelange gute Nachbarschaft und Freundschaft und ein jahrzehntelanger Konflikt mit dem Fluglärm des Flughafens Zürich». Das bringt es nahe auf den

Punkt. Und deshalb sagen wir einmal, grundsätzlich ist es richtig, dass auch wir Parlamentarier uns grenzüberschreitend mit dem Thema befassen, da gibt es von unserer Seite grundsätzlich einmal keine Vorbehalte. Die IPBK, also wir, haben uns mit dem Thema bislang nie befasst, die IBK bislang auch nicht, sie hat es aber vor. Wir haben aber Informationen von unserer Regierung, dass man, und das ist auch das, was wir von parlamentarischer Sicht einbringen möchten, insbesondere unsere betroffenen Regionen, wir reden da über den Landkreis Waldshut, den Landkreis Schwarzwald-Baar und Konstanz mit über 600'000 Einwohnern, die unmittelbar betroffen sind, also diese Gebietskörperschaften, das ist das Anliegen der IBK, die miteinzubinden. Und das können wir auch von parlamentarischer Sicht aus, lieber Markus, das hast du richtig gesagt, von Stuttgart aus oder sonst irgendwo vom Land, also wir Vertreter des Landtages, nur bedingt deren Interesse jetzt in dieser konkreten Sache vertreten. Und deswegen ist unser Wunsch, nicht um ein oder zwei, sondern grundsätzlich die Bitte, wenn wir denn diese Arbeitsgruppe einsetzen, dass wir einen Vertreter des Landtages, des Parlaments hier einbringen können und zusätzlich diese drei Gebietskörperschaften mitaufnehmen könnten. Das wäre hierzu unsere Bitte. Im Ziel der Arbeitsgruppe wurde auch schon formuliert, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass wir alle miteinander das Problem nicht lösen können, sondern gegebenenfalls in Form einer Resolution hier an den entsprechenden Stellen um Behandlung oder Beschlussfassung bitten können. Was uns noch wichtig wäre, ist, dass man sich in dieser Arbeitsgruppe nicht nur mit der DVO von deutscher Sicht, sondern nachher auch mit diesem Betriebsreglement, heisst glaube ich BR 2014 auf Schweizer Seite mitbeschäftigt. Deswegen wie gesagt die Bitte unsererseits um Aufnahme dieser drei Gebietskörperschaften.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Karin Egli-Zimmermann (Kanton Zürich): Geschätzter Herr Landtagspräsident, geschätzte Anwesende. Wie bereits Markus Müller schon erwähnt hat, hat der Kanton Zürich es mit initiiert, diese Arbeitsgruppe zu bilden und wir sind tatsächlich Hauptbetroffene von diesem grossen Problem. Und wir würden es selbstverständlich sehr begrüßen, obwohl wie auch Wilfried bereits gesagt hat, das Problem nicht auf unserer Ebene allein zu lösen ist. Aber wenn wir trotzdem mit dieser Arbeitsgruppe einen Anstoss geben könnten, damit wir Gewicht erhalten, die Probleme wohl nicht zu lösen, aber angehen zu können. Wie auch Markus Müller noch ausgeführt hat, würden wir es sehr begrüßen, wenn wir allenfalls 2 Mitglieder in diese Arbeitsgruppe stellen dürften, da wir, wie schon eben gesagt, hauptbetroffen sind.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Nachdem Baden-Württemberg den Wunsch geäussert hat, mit 4 Mitgliedern vertreten zu sein, könnte ich mir durchaus auch vorstellen, dass Sie 3 Mitglieder stellen, beispielsweise. Wir müssen dann schauen, wie gross sich die Arbeitsgruppe in personeller Hinsicht entwickelt. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Josef Kofler (Kanton St. Gallen): Ich hätte doch noch eine Frage zur Zusammensetzung. Dann wäre Baden-Württemberg zu viert. Was sollen dann die ausserhalb des Parlaments teilnehmenden Personen für ein Stimmrecht haben, wie sollen sie integriert sein in dieser Gruppe? Sind das nur Berater mit beratender Stimme?

Wilfried Klenk (Baden-Württemberg): Ich denke, es geht hier, lieber Kollege, nicht um Stimmrecht. Ich denke, da steht auch in der Arbeitsgruppe nichts zur Abstimmung an, das wäre ja dann im Grunde genommen diesem Gremium hier vorbehalten. Wenn wir uns darauf einigen würden, dass zum Beispiel Zürich mit 2 Vertretern dabei ist und Sie sagen, dass 4 aus Baden-Württemberg zu viel wären, dann müssten wir diese Gebietskörperschaft, alle diese 3 Landkreise, gegebenenfalls zusammenfassen. Ich würde aber vorschlagen, dass diese 3 Mitglieder, damit hätten wir dann kein Problem, also diese 3 zusätzlichen als beratende Mitglieder in dieser Gruppe mit tätig sind.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Also es ergibt sich in dieser Hinsicht schon ein statutarisches Problem, wenn ich die Statuten (Art. 8 Arbeitsgruppen) zitieren darf: Abs. 2 lautet: «Die Grösse und Zusammensetzung wird durch die Parlamentsversammlung bestimmt. In eine Arbeitsgruppe können auch Mitglieder der Parlamente benannt werden, die nicht ständiges Mitglied der Versammlung sind». Es heisst dann allerdings in Art. 3: «Die Arbeitsgruppen können fachkompetente Personen und Gremien zu Rate ziehen». Das würde aber heissen, dass diese Personen, wenn sie nicht Mitglieder des Parlamentes sind, nicht wirklich Mitglieder der Arbeitsgruppe sein können.

Markus Müller (Kanton Schaffhausen): Ich habe Wilfried so verstanden, dass primär, so lange es geht, diese Mitglieder Parlamentarier sind. Also irgendeiner aus dem Kreis Konstanz, einer aus dem Kreis Schwarzwald-Baar und einer aus Waldshut, wie eben der Kollege Schreiner zum Beispiel aus Waldshut ist, dann ist diese Bedingung eigentlich erfüllt. Und dass wir dann, wenn das nicht möglich ist, allenfalls noch einen Experten beiziehen, dann können wir diese Regelung machen. Aber grundsätzlich habe ich dich so verstanden, dass es eigentlich Parlamentarier sind, nach diesem zitierten Regelwerk.

Wilfried Klenk (Baden-Württemberg): Nicht wirklich so gedacht, lieber Markus, aber das wäre ein Kompromiss, dass wir sagen, aus diesen betroffenen Regionen nehmen Parlamentarier teil. Das müssen wir, anders kommen wir in Baden-Württemberg an der Geschichte nicht vorbei. Wir müssen unsere Gebietskörperschaften, in drei Landkreisen vertreten, miteinbeziehen. Die würde ich aber einfach beratend in den jeweiligen Sitzungen miteinbeziehen, das wäre unsere Bitte. Aber als offizielle Vertreter würden wir uns dann auf Parlamentarier einigen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank für diese Klärung.

Esther Guyer (Kanton Zürich): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt ja einer Lösung näher, das ist zu begrüßen. Ich hätte jetzt noch einen anderen Vorschlag. Auch im Kanton Zürich ist die Interessenlage sehr different. Es gibt die verschiedenen Anflugschneisen, die wir behandeln, und da ist die Einigkeit auch unter Mitgliedern im Parlament nicht immer da. Aber ich hätte jetzt vorgeschlagen, dass wir die Mitglieder anhören, aber sonst in der Regel, mit 2 Mitgliedern aus Zürich und Schaffhausen und von mir aus auch aus Baden-Württemberg, wie auch immer Sie es beantragen, arbeiten. Aber es muss ein Anhörungsrecht geben für die Leute, die in einer gewissen Form sehr betroffen sind, und da würde die Anhörung die Arbeitsweise erleichtern. Wir werden auf jeden Fall abstimmen müssen. Auch wenn wir eine Resolution vorschlagen, gibt es eine Abstimmung. Ich danke Ihnen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Das scheint mir ein Vorschlag zur Güte zu sein.

Mag. Harald Sonderegger (Vorarlberg): Nachdem wir zwar nicht unmittelbar betroffen sind in dieser Frage, aber natürlich am Rande tangiert sind und in der Parlamentarier-Konferenz das Thema natürlich schon eine Rolle spielt, geht es mir einmal um eine begriffliche Klärung in dieser Fragestellung. Der Begriff «Auslegeordnung» ist mir nicht ganz klar. Aus der Beschreibung kann ich es erschliessen, aber was bedeutet es genau? Und die 2. Frage betrifft die Anzahl der Mitglieder. Dies scheint mir doch eine gewisse grundsätzliche Frage zu sein, wie wir unsere Arbeitsgruppen auch in Zukunft und zu anderen Themenbereichen konzipieren. Und da hätte ich schon die Bitte, und ich glaube, diesem Verständnis, das meiner Bitte, die ich noch formulieren werde, entspricht, geht auch aus Punkt 2 der Grundlage hervor. Wo es ja dann heisst, dass die Arbeitsgruppe entsprechend beauftragt ist, von unserem Gremium die diversen Betroffenheiten, verschiedenen Sichtweisen und ähnliches auch von den Regionen einzuholen. Und da erscheint mir von vornherein für die Vorbereitung, wenn wir ganz ehrlich sind, eine Resolution sinnvoll. Das Thema ist zwar politisch durchaus diffus, aber wir sollten uns hier glaube ich schon auf das Wesentliche konzentrieren und uns bewusst sein, dass wenn wir Mitglieder in eine Arbeitsgruppe nominieren, dann deren Aufgabe natürlich auch vor Ort immer sein wird, die entsprechenden Standpunkte, Meinungen, Sichtweisen einzuholen. Also ich würde hier eher ein bisschen warnen, auch wenn es verständlich ist, dass diese Anliegen formuliert werden, dass wir hier von vorneherein gleich relativ grosse Kreise in diese Themen einbinden. Weil sich das, glaube ich, auch technisch anders lösen lässt, wenn man es gut vor Ort kommuniziert. Deshalb würde ich eher dem ursprünglichen Vorschlag und den Satzungen folgen, allenfalls als Kompromiss, das was Esther vorgeschlagen hat. Und wie gesagt, wenn es dann im konkreten Fall in der Arbeitsgruppe den Wunsch gibt, den einen oder anderen betroffenen Kreis auch noch anzuhören, dann lässt sich das ja vielleicht auf diesem Wege lösen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank.

Wilfried Klenk (Baden-Württemberg): Ich glaube, soweit waren wir ja fast schon nach dem Vorschlag von Esther. Dass wir im Grunde 2 ordentliche Mitglieder entsenden, Parlamentarier, aber im Grunde genommen das Gremium hier uns die Zusage gibt, dass wir als fachkompetente Personengremien diese Landkreise einfach in die Diskussion miteinbinden können. Aber letztendlich werden die 2 Parlamentarier das Ganze vertreten. Und jetzt weise ich einmal bei aller Gegensätzlichkeit dieser Diskussion - wir haben uns gestern Abend bereits darüber ausgetauscht - auf den Vortrag von Herrn Schädler hin. Er hat nicht umsonst gesagt, dieser Wirtschafts- und Lebensraum hier habe ein enormes Potenzial. Und dazu zählt auch ein Flughafen, das müssen wir uns auf beiden Seiten im Klaren sein. Deswegen müssen wir jetzt diesbezüglich Lösungen, wo alle damit leben können, finden, auch wenn es schon Jahrzehnte geht. Weil unter dem Strich werden wir dann unter Umständen auch beide einmal zu Verlierern.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank.

Markus Müller (Kanton Schaffhausen): Vielleicht noch ganz kurz zu Harald, du hast mich angesprochen mit der Auslegeordnung. Da habe ich gemeint, dass alle auf den gleichen

Stand kommen. Eben die Zürcher, die Baden-Württemberger, auch die Schaffhauser sind auf einem relativ hohen Informationslevel, aber es müssen ja alle im Boot sein. Und da alle auf den gleichen Stand zu bringen, wie ich es geschrieben habe, über den Ist-Zustand und auch die Auswirkung, die dieser Ist-Zustand im Moment hat, um das geht es eigentlich. Ich begrüße sehr das letzte Votum von Wilfried. Ich glaube, man kann auch Esther Guyer beruhigen, wir finden da eine Lösung. Und es kann nicht sein, dass die Gegner aus diesem Gebiet gegen die Gegner aus diesem Gebiet antreten. Das werden wir natürlich nicht machen. Das können wir auch nicht. Wir entscheiden dann, was wir vorschlagen. Es geht nur darum, diesen festgefahrenen Prozess wieder in Bewegung zu bringen. Es ist natürlich auch ein politisch problematischer Prozess, gerade für Baden-Württemberg. Deutschland hat immer Wahlen. Jetzt kommen die Bundeswahlen, dann macht niemand etwas, dann kommen Länderwahlen, dann macht niemand etwas, dann kommen Gemeindewahlen. Dann sagen immer alle, ja im Moment ist es heikel, wir machen jetzt nichts. Und da vielleicht einen «Schupf» zu geben, dass wir weiterkommen, um das geht es schlussendlich.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Ich kann mich sehr gut mit dem Kompromissvorschlag befreunden. Der ursprüngliche Vorschlag war je ein Mitglied pro Mitgliedsland oder Kanton. Es wurde ein Kompromissvorschlag gemacht, den beiden direkt Betroffenen, Baden-Württemberg und Zürich, je 2 Mitglieder zuzugestehen und 1 Mitglied für die anderen Delegationen. Darüber möchte ich abstimmen lassen, damit wir uns auch im Klaren sind, ob wir dem zustimmen können. Wer mit diesem Kompromissvorschlag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Ich sehe eine einhellige Zustimmung. Somit kommen wir aber zuerst zur grundsätzlichen Abstimmung, ob wir diese Kommission überhaupt einsetzen wollen, der guten Form halber. Wer damit einverstanden ist, dass diese Arbeitsgruppe eingesetzt wird, möge bitte jetzt die Hand erheben. Einhellige Zustimmung. Somit können wir die Mitglieder der Arbeitsgruppe bestimmen. Wären Baden-Württemberg und Zürich in der Lage, einen Vorschlag für eine zweite Person zu machen?

Wilfried Klenk (Baden-Württemberg): Heute nicht.

Karin Egli-Zimmermann (Kanton Zürich): Ja, wir sind bereit und wir würden gerne Esther Guyer und Yvonne Bürgin vorschlagen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Es wurden folgende Mitglieder vorgeschlagen:

- Markus Müller aus Schaffhausen als Vorsitzender
- Franz Fässler aus Appenzell Innerrhoden
- Felix Schreiner, plus eine noch zu benennende Person, aus Baden-Württemberg
- Josef Kofler aus St. Gallen
- Esther Guyer und Yvonne Bürgin aus Zürich und
- Ado Vogt aus Liechtenstein

Gibt es weitere Vorschläge?

Heidi Grau-Lanz (Kanton Thurgau): Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir würden aus dem Thurgau - der Thurgau ist ja auch nicht unerheblich von dem Fluglärm betroffen - unseren bisherigen Grossratspräsidenten Gallus Müller vorschlagen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Ich würde vorschlagen, die Mitglieder in Globo zu wählen. Oder wird Einzelabstimmung gewünscht? Ich sehe keinen Antrag auf Einzelabstimmung. Natürlich müssen wir Baden-Württemberg zugestehen, dass ein Mitglied nachnominiert wird. Wer mit der vorgeschlagenen Besetzung der Arbeitsgruppe einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Einhellige Zustimmung. Vielen Dank. Ich gratuliere den Gewählten und wünsche Ihnen den besten Erfolg. Gleichzeitig bitte ich den Vorsitzenden Markus Müller, die Einberufung der ersten Arbeitssitzung zu koordinieren.

Die zweite vorgeschlagene Arbeitsgruppe betrifft die Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept*. Der Kanton St. Gallen hat sich bereit erklärt, den Vorsitz in dieser Arbeitsgruppe zu übernehmen, sofern sie zustande kommt. Auch dieser Antrag liegt Ihnen vor. Ich würde gerne Walter Freund bitten, das Konzept in Kürze vorzustellen.

Walter Freund (Kanton St. Gallen): Geschätzter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Ich stelle diese Arbeitsgruppe gerne vor. Das Gesamtverkehrskonzept Bodensee sieht vor, die gesamte Verkehrsstrategie zu untersuchen, das heisst wir haben ja drei verschiedene Verkehrsplayer. Das sind der Individualverkehr oder motorisierter Verkehr, der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr wie Fahrrad, Wanderer etc. Wir wollen die verschiedenen Konzepte der Länder zusammenführen und mögliche Lösungen, Ideen und Informationen in diese Parlamentarische Konferenz einbringen. Das Thema ist, wie Sie auch in den Unterlagen sehen, dass die Region, wie Horst Schädler es auch gesagt hat, die wirtschaftliche Prosperität, boomt. Und die wirtschaftliche Bedeutung dieser Region ist auf gute Verkehrswege angewiesen. Der zweite Punkt ist, Gespräche mit Regierungen zu führen, damit auch diese möglichen Lösungen einfließen können. Und drittens, wie schon gesagt, sollen Informationen an euch gehen, wie die Region mit einem Verkehrskonzept funktionieren wird. Ich begrüsse diese Arbeitsgruppe und ich schlage Ihnen vor, dieser zuzustimmen. Danke.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Gibt es Wortmeldungen?

Dr. Paul Wengert (Bayern): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein kleines Problem. Und zwar hängt es sehr eng mit den Begrifflichkeiten zusammen, die hier gewählt worden sind. Das Thema *Gesamtverkehrskonzept* geht ja zurück auf die 41. Konferenz. Ihr erinnert euch vielleicht an die Konferenz auf der MS Bregenz in Lindau. Da haben wir auch eine grosse Resolution verabschiedet. Und in der Folge haben sich die Parlamentarier-Konferenz und die IBK an einer Art Verkehrslösungen im Raume Lindau, Bregenz, Schweiz unter Federführung des ISB beteiligt. Die Problematik aus unserer Sicht liegt jetzt darin, dass wir Parallelstrukturen haben oder schaffen. Also, wenn wir das aus Bayern richtig sehen, gibt es aktuell die Arbeitsgruppe *Verkehrslösung im Raum Lindau, Bregenz, Schweiz* unter Federführung des Internationalen Städtebundes Bodensee unter Beteiligung von unserer Konferenz und der IBK.

Wenn wir jetzt eine Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept* einrichten, haben wir zwei unterschiedliche Institutionen zum selben Thema. Deswegen bitte ich darüber nachzudenken, ob wir uns nicht vorab um eine Klärung dieses Verhältnisses bemühen und möglicher-

weise die Bildung dieser Arbeitsgruppe so lange zurückstellen sollten. Weil eben das Thema *Gesamtverkehrskonzept* bereits Gegenstand dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe ISB, IPBK und IBK ist, die sich auch intensiv mit dem Thema *Maut-Korridor* befasst. Insofern weiss ich nicht, ob die Bezeichnung im Tagesordnungspunkt 9 überhaupt richtig ist («Bericht aus der Arbeitsgruppe *Maut-Korridor*»). Denn eigentlich müsste es ja die Arbeitsgruppe *Verkehrslösungen im Raum Lindau, Bregenz, Schweiz* sein, über deren Arbeit berichtet wird.

Also was passiert dann mit dieser bestehenden Arbeitsgruppe? Und dann habe ich noch ein Problem. Im Antrag steht: Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zwischen IPBK, ISB und IBK zum Thema *Grenzüberschreitender Verkehr*, der wieder von der Arbeitsgruppe *Maut* gestellt wird, die es so eigentlich gar nicht gibt. Und auf der anderen Seite sollen wir eine Resolution verabschieden oder haben einen Resolutionsentwurf vorliegen mit dem Titel «Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zwischen IPBK, ISB und IBK» zum Thema *Grenzüberschreitender Verkehr*. Also wir sind, zumindest aus bayerischer Sicht, sehr daran interessiert, dass wir jetzt erstmal diese unterschiedlichen Gruppen entzerren beziehungsweise jetzt einmal feststellen, welche Gruppen es eigentlich gibt. Und was passiert, wenn wir jetzt eine neue Gruppe bilden, auf der Basis unserer Konferenz nach unserem Statut mit der bereits bestehenden AG *Verkehrslösung im Raum Lindau, Bregenz, Schweiz*, wo wir ja einer der drei Beteiligten sind?

Bayern würde sich an einer Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept* selbstverständlich beteiligen und den Kollegen Eberhard Rotter dafür vorschlagen, der sehr bewandert ist in Verkehrsfragen. Aber zunächst müsste einmal geklärt werden, was ist der Ist-Zustand. Insofern wäre es vielleicht sinnvoll, auch den Punkt 9 vorzuziehen, was bleibt und was soll in Zukunft an die Stelle des Bestehenden treten.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank.

Walter Freund (Kanton St. Gallen): Ja, geschätzter Präsident, Damen und Herren, lieber Paul. Wir sind ja im Gespräch mit dieser Maut-Thematik und wir haben ja in Zürich, glaube ich, einmal gesagt, wir wollen eine Arbeitsgruppe *Maut* machen, in dem ich den Vorsitz habe. Natürlich mit Josef Büchelmeier, mit dem Städtebund zusammen, damit dieses Thema aufgearbeitet wird und diese Resolution und den Antrag verbinden, weil der Antrag kommt aus der Gruppe, dass man etwas macht. Und die Resolution sollte sein, dass man kundtut, dass man diese Arbeit weitermacht. Und für mich ist es natürlich ganz klar, dass dann die Gesamtverkehrsgruppe diese Thematik aufnimmt oder auch mitnimmt und es auch zusammenführt. Und nicht, dass parallele Gruppierungen da nachher noch weiterarbeiten. Das ist eigentlich das Konzept, die weitere Vorgehensweise, die wir vorschlagen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Darf ich rasch zurückfragen: würde das die Auflösung der bisherigen Arbeitsgruppe *Verkehrslösung* bedeuten?

Walter Freund (Kanton St. Gallen): Natürlich, also es wird dann in dieser Arbeitsgruppe vielleicht auch Untergruppen geben, die dann zusammengeführt werden können, das ist dann durchaus möglich.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank.

Josef Büchelmeier (Städtebund Bodensee): Sehr geehrter Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren. Oder sagt man hier im Lande Männer und Frauen, das habe ich sehr interessant gefunden. Ich will ganz kurz zur Erklärung einiges beisteuern. Die Arbeitsgruppe *Maut* hat zuletzt im April letzten Jahres in Romanshorn gesamtgetagt. Damals war auch der Vertreter der IBK, Herr Jörg Zimmermann, dabei, und es entstand der Wunsch, dass man genauere Zahlen bekommt und im Rahmen eines Gesamtkonzeptes dieses Thema betrachtet. Danach hat sich die deutsche Maut-Situation sehr unterschiedlich entwickelt und es kam, wenn ich mich richtig erinnere, in Zürich der Vorschlag, dass man in einem Gespräch die bilaterale Lösung zum Beispiel sondiert. Wir hatten dann Gespräche in St. Margrethen, und danach hatte ich ein Gespräch mit Herrn Zimmermann in Bregenz, und wir hatten im Frühjahr nochmals ein Gespräch mit Experten aus dem Raume Lindau, Bregenz, Vorarlberg. Und es hat sich in dem Zusammenhang gezeigt, dass die Suche nach weiteren Zahlen und Begründungen in genaueren Zahlen nicht sehr zielführend sein könnte. Und ausserdem stand der Vorschlag, der dann auch vom Städtebund in seiner Sitzung vor drei Wochen, am 26. April, so beschlossen wurde, dass wir versuchen, jetzt das Thema politisch zu sondieren. Und daraus entsprang der Vorschlag, über den Walter Freund wahrscheinlich dann in seinem Bericht unter Punkt 9 auch berichten wird. Ich sehe das sehr ähnlich oder so wie er das sieht, dass diese Gruppe, die sich ursprünglich nur mit dem Thema *Maut* beschäftigt hat, einen Teil des Gesamtverkehrskonzeptes der Bodenseeregion abbilden kann. Und dass jetzt aber der Vorstoss von dieser Gruppe kommt, das Thema politisch zu betrachten. Und der Wunsch entstanden ist, dass drei Vertreter des Städtebundes, drei Städte, also Bregenz, St. Gallen und Lindau, dann Vertreter der Parlamentarier-Konferenz Bodensee und Vertreter der IBK zusammen eingeladen werden, um politische Möglichkeiten des konkreteren Vorschlages, der auch im Raum steht, zu sondieren. Unabhängig davon oder ergänzend dazu sehe ich den Vorstoss, eine Gesamtkonferenz, eine Gesamtgruppe zu bilden für das Gesamtkonzept. Soweit der Stand der Dinge.

Die Arbeitsgruppe hat sich dazu durchgerungen, jetzt nicht mehr weiter nach genaueren Zahlen zu suchen, sondern den Vorschlag gemacht, dass eine Gruppe von IBK, Städtebund und Parlamentarier-Kommission sich mit je drei Mitgliedern treffen soll, um die politischen Möglichkeiten einer Lösung im Maut-Thema in dem Drei-Länder-Eck oder Vier-Länder-Eck, wie man das sehen will, zu sondieren.

Das war der Vorschlag der letzten Sitzung, da waren Vertreter von Lindau, Bregenz, die IBK war eingeladen, aber kam nicht, hat aber das Protokoll bekommen. Und das war das Ergebnis, das wir dann an der Sitzung des Städtebundes beschlossen haben und es auch Grundlage des Berichtes zu Traktandum 9 von Walter Freund dann wohl sein wird, das war der gemeinsame Gedanke. Unabhängig davon von diesem Vorstoss sehe ich den Vorschlag als sehr gut an, dass sich jetzt die Parlamentarier-Kommission mit dem Gesamtverkehrskonzept befasst und dieses Thema *Maut* einen Teil dieser Gesamtbetrachtung bildet.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Das würde also bedeuten, wenn wir hier eine neue Arbeitsgruppe einsetzen, dass Mitglieder aus dieser Arbeitsgruppe delegiert werden in diese neu zu formierende Gruppe, die sich speziell der Mautfrage annimmt?

Josef Büchelmeier (Städtebund Bodensee): Ja.

Dr. Paul Wengert (Bayern): Ich wollte einfach, dass ich es verstehe, nochmals wissen: ist die Arbeitsgruppe *Maut* lediglich eine andere Bezeichnung für die Arbeitsgruppe *Verkehrslösung im Raum Lindau, Bregenz, Schweiz*, ist das identisch? Weil das bringt unglaublich viel Verwirrung rein, wenn einmal von einer *Maut*-Arbeitsgruppe die Rede ist und dann wieder von der Arbeitsgruppe *Verkehrslösung im Raum Lindau, Bregenz, Schweiz*. Gut, dann ist das geklärt. Es bedeutet, dass wir auf der Basis der Statuten, so wie es hier in den Unterlagen auch ersichtlich ist, eine Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept* einsetzen. Und parallel dazu einen Beschluss fassen auf Antrag der Arbeitsgruppe *Maut*, einen gemeinsamen Ausschuss mit dem ISB und der IBK zu bilden zum grenzüberschreitenden Verkehr, also zu dieser Maut-Problematik. Obwohl die Mautproblematik auch in unserer Arbeitsgruppe eine wichtige Rolle spielen wird. Also das ist schon eine Parallelität, wo ich nicht sicher bin, ob das so viel Sinn macht. Also dieser Arbeitsgruppe würden wir zustimmen (*Gesamtverkehrskonzept*), aber bei der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses, da bin ich noch sehr im Zweifel, ob das dann wirklich zielführend ist.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Also ich denke, wir müssen die beiden Dinge jetzt so gut wie möglich trennen und bei Traktandum 9 dann nochmals darauf zurückkommen, ob diese besondere Arbeitsgruppe, bestehend aus IPBK, IBK und ISB, Sinn macht.

Emil Sänze (Baden-Württemberg): Herr Büchelmeier, ich habe jetzt ja die Städte vernommen, und da ist keine aus Baden-Württemberg vertreten. Aufgrund der aktuellen Lage und Mautdiskussion hätte ich schon grosses Interesse, dass eine Stadt wie Konstanz, die unmittelbar praktisch vom Schweizer Grenzverkehr betroffen ist und keinen Seeweg über die Stadt hat, dass die zumindest berücksichtigt wird.

Josef Büchelmeier (Städtebund Bodensee): Herr Sänze, ich antworte gerne darauf. Wir hatten die Sitzung vor drei Wochen, da war auch Konstanz vertreten. Und es war der Wunsch des Städtebundes, dass eben drei betroffene Städte im unmittelbaren Bereich dieses Themas, sprich Lindau, Bregenz und St. Gallen, in diesem Drei-Länder-Eck, dabei sind in dieser Gruppe. Wir wollten nicht mit vier Leuten oder mehr in diese Gruppe gehen, das war der Vorschlag und die Begründung. Aber im Städtebund selber wird das Thema in der Lenkungsgruppe sowieso auch mit Einbezug der anderen Städte diskutiert. Wobei auch Schaffhausen in der Lenkungsgruppe vertreten ist, durch den Stadtpräsidenten Peter Neukomm, und das Thema *Grenzüberschreitender Verkehr mit Autobahn* auch dort gesehen wird.

Walter Freund (Kanton St. Gallen): Herr Präsident, werte Damen und Herren. Vielleicht noch zur Klärung zu dieser Resolution «Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zwischen IPBK, ISB, IBK zum Thema grenzüberschreitender Verkehr»: das hat sich eigentlich wie kumuliert. Wir wollten das forcieren, aber diese Resolution können wir ja heute nicht vorbringen, also zurückziehen und dann in der Gesamtverkehrsgruppe wieder einen neuen Antrag stellen. Weil es ja noch besprochen werden kann. Und dann klärt sich die Frage von Paul bei Traktandum 9, bei dem ich dann noch kleine Erläuterungen gebe, damit man diese Resolution nicht falsch versteht. Danke.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. So denke ich wären wir jetzt in der Lage darüber zu befinden, ob wir eine Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept* einsetzen wollen. Wer damit einverstanden ist, diese Arbeitsgruppe einzusetzen, möge bitte jetzt die Hand

erheben. Einhellige Zustimmung. Somit können wir die Mitglieder der Arbeitsgruppe bestimmen. Es wurden schon Mitglieder vorgeschlagen:

- Walter Freund aus St. Gallen als Vorsitzender der Arbeitsgruppe
- Franz Fässler aus Appenzell Innerrhoden
- Martin Hahn aus Baden-Württemberg
- Eberhard Rotter aus Bayern
- Urs Capaul aus Schaffhausen
- Christoph Metzler aus Vorarlberg
- Marcel Lenggenhager aus Zürich und
- Patrick Risch aus Liechtenstein

Gibt es weitere Vorschläge? Ich sehe den Kanton Thurgau noch in Beratung. Wir geben Ihnen die Zeit. Der Kanton Thurgau verzichtet, vielen Dank. Sie haben die Vorschläge gehört, wird Einzelabstimmung verlangt? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Wahl. Wer mit der vorgeschlagenen Besetzung der Arbeitsgruppe einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Einhellige Zustimmung. Ich gratuliere den Gewählten und wünsche Ihnen sehr guten Erfolg und gleichzeitig bitte ich den Vorsitzenden, Walter Freund, die Einberufung der ersten Arbeitssitzung zu koordinieren. Vielen Dank.

Es gibt noch einen weiteren Traktandenpunkt unter der 6b: Einheitliche Funkfrequenz für die Schifffahrt auf dem Bodensee. Der Kanton Zürich hat sich beim Bundesamt für Kommunikation bemüht, in dieser Sache einen Schritt vorwärts zu kommen. Das Antwortschreiben des BAKOM liegt Ihnen vor. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich vorerst wenig Fortschritt zeigt. Möchte sich jemand hierzu äussern oder nehmen wir das Ganze einfach zur Kenntnis? Ich sehe keine Wortmeldung, damit erachte ich diesen Traktandenpunkt als erledigt.

7. Information zum Thema «Beschäftigungsbonus in Österreich»

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir gehen über zu Traktandum 7: Information zum Thema «Beschäftigungsbonus in Österreich». Auf Antrag des Mitgliedlandes Bayern werden Informationen zum Thema «Beschäftigungsbonus in Österreich» gewünscht. Darf ich meinen Vorarlberger Kollegen, Mag. Harald Sonderegger, um Auskunft bitten, wie weit diese Angelegenheit gediehen ist und was derzeit darüber gesagt werden kann.

Mag. Harald Sonderegger (Vorarlberg): Ja, danke. Gerne gebe ich hier zum Stand der Dinge Auskunft, zur Frage des Beschäftigungsbonus resp. worum es hier geht. Es ist eigentlich ein Thema, das in der jüngeren Vergangenheit auf Bundesebene diskutiert und entwickelt worden ist. Es geht um arbeitsmarktpolitische Massnahmen für die Gruppe 50-Jährige plus beziehungsweise solche, die ihren Bildungsweg im Wesentlichen abgeschlossen haben, diese quasi für die Unternehmerschaft besser verfügbar zu machen in der Form, dass den Unternehmen bis zu 50% ihrer Lohnnebenkosten ersetzt werden, und zwar befristet auf drei Jahre im Programm, das bis 2020 laufen sollte.

Diese Absicht wurde dann auch vom Ministerrat grundsätzlich in einem Vortrag genehmigt und beschlossen. Es wäre geplant gewesen, das Thema bis Ende Juni umzusetzen, auch in Gesetzesform zu bringen. Auf Grund der aktuellen Diskussionen auf innerstaatlicher Bundes-

ebene scheint es derzeit aber nicht sicher, ob hier noch eine gesetzliche Beschlussfassung folgt beziehungsweise in welcher Form, allenfalls im Verordnungswege, hier Teile dieses Vorschlages oder der ganze Vorschlag umgesetzt werden können.

Seitens von Bayern, glaube ich, wurde die Frage, so habe ich es zumindest verstanden, artikuliert, ob hier im Sinne der Dienstnehmerfreizügigkeit gewisse Bedenken zu sehen sind oder gesehen werden könnten. Wir haben bei uns intern nachgefragt, aber auch von der Landes-Europarechtsabteilung diese Thematik basierend auf dem bisherigen Vorschlag, der noch nicht in ausformulierter Gesetzesform vorliegt, festgestellt, dass wir hier keine unmittelbare Diskriminierung im Sinne des Art. 45 sehen und auch, dass die Regelung, wie sie vorgesehen ist, auf jeden Fall der Verhältnismässigkeit entsprechen dürfte. Und damit sind eigentlich unsererseits die angesprochenen oder angefragten europarechtlichen Bedenken nicht gegeben. Weil eben einerseits auf arbeitslose Österreicher, aber auch Ausländer, sprich Nicht-Österreicher und EU-Ausländer, die in Österreich tätig gewesen sind, fokussiert wird. Und ebenfalls im Rahmen der sogenannten Rot-Weiss-Rot-Karte bei uns beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sogar aus Drittländern, hier Zugang für diese Unterstützung, die befristet wäre, erhalten sollten.

Deshalb, wie gesagt, bestehen hier aus unserer Sicht keine europarechtlichen Bedenken. Soweit der Stand, aber wie gesagt ist alles in der Schwebe, weil nicht sicher ist, ob, wann und in welcher tatsächlichen exakten Form dann die Umsetzung bis zum Sommer erfolgt.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank, Harald. Ich sehe keine Wortmeldungen zu diesem Traktandum. Doch es gibt eine Wortmeldung.

Dr. Paul Wengert (Bayern): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir sehen das naturgemäss ein bisschen anders. Übrigens auch ein österreichischer Verfassungsrechtler, der Europarechtler Franz Leidenmühler aus Linz, sieht im Gesetz eine indirekte Diskriminierung von EU-Bürgern, weil es natürlich unattraktiver gemacht wird, sie in Österreich anzustellen. Red Card oder Rot-Weiss-Rot-Kartenbesitzer - das ist ein sehr geringer Anteil derer, die trotzdem noch Anspruch gemäss dieser neuen Regelung hätten. Harald, du hast jetzt nicht gesagt, ob es auch darum geht, ob die Regelung überhaupt kommt. Das würde mich noch interessieren, das würde das Ganze natürlich etwas entschärfen.

Die Krux an der Sache ist, wenn ich das hier einfach noch einmal in aller Kürze artikulieren darf und im Hinblick darauf, dass 50'000 bis 60'000 Bayern in Österreich arbeiten, die: die Regelung gilt nur für Personen, die in Österreich arbeitslos waren und dort ihre Ausbildung absolviert haben, innerhalb des Landes den Job wechseln oder für Fachkräfte aus Staaten ausserhalb der Europäischen Union. Das bedeutet, keine Förderung für deutsche Staatsangehörige, die täglich über die bayerische Grenze ins Nachbarland pendeln. Würde also beispielsweise ein österreichischer Hotelier eine Küchenhilfe aus einem Drittstaat wie dem Senegal einstellen, dann bekäme er die volle Förderung. Das können einige Tausend Euro im Jahr sein, vielleicht nicht bei einer Küchenhilfe, aber beim Küchenchef, so haben wir ausgerechnet, sind es fast EUR 5000 Subvention, also Erleichterung durch die Halbierung der Lohnnebenkosten. Und das halten wir schon für sehr problematisch.

Auch wenn der Bonus nicht ausdrücklich gegen die Idee der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU verstösst und nicht ausdrücklich an die Staatsangehörigkeit beziehungs-

weise an den Wohnsitz angeknüpft wird, ergibt sich doch eine, ich sage jetzt einfach so, beabsichtigte mittelbare oder indirekte Diskriminierung von Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Deswegen wären wir jetzt aus bayerischer Sicht wirklich sehr interessiert daran, wenn diese Privilegierung nicht stattfinden würde.

Mag. Harald Sonderegger (Vorarlberg): Ja, das sind die Schwierigkeiten bei Eiern, die noch nicht wirklich gelegt sind. In dem Sinne hier zu diskutieren, auch auf gutachterlicher Ebene. Das, was im Ministerratsvortrag formuliert ist und was auch unserem derzeitigen Kenntnisstand entspricht, ist, wie ich gesagt habe, nach unserem Verständnis keine unmittelbare Diskriminierung, aber natürlich wird sehr wohl eine mittelbare Diskriminierung ausgelöst, weil eine gewisse Einschränkung da ist. Die Einschränkung betrifft aber meines Erachtens nicht - und hier scheint ein Missverständnis vorzuliegen - das geschilderte Beispiel, weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sogenannten Jobwechsler, die auch jetzt schon, Gott sei Dank, ja auch aus Bayern, in Österreich tätig sind und aus irgendeinem Grund ihren Arbeitsplatz wechseln wollen, dass sie durchaus quasi in diese Rechnung mitaufgenommen werden sollen.

Dazu kommt ja, dass auch EU-Mitbürgerinnen und -Mitbürger, die eine Arbeitsstelle suchen, sich beim AMS entsprechend melden können. Und dass deshalb auch hier, quasi zwar eine zeitlich verzögerte, aber eine Zugänglichkeit gegenüber jedem EU-Bürger und Herkunftsland eines Arbeitnehmers möglich wäre. Aber der Ansatz dieses Beschäftigungsprogrammes fokussiert natürlich - und deshalb die mittelbare, nicht die unmittelbare Diskriminierung - auf das vorhandene Arbeitspotenzial, und das unabhängig von Staatsbürgerschaft und Staatsangehörigkeit, und wie gesagt, mit gewissen Einschränkungen gegenüber Drittländern, wo nur die Rot-Weiss-Rot-Karte kommen soll. So ist unser Kenntnisstand, aber wie gesagt, ob es kommt oder nicht kommt, können wir derzeit leider nicht definitiv beantworten.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit haben wir Traktandum 7 erledigt.

8. Information zum Thema «Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz»

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir gehen über zu Traktandum 8: Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz. Ebenfalls auf Antrag des Mitgliedslandes Bayern wurden Informationen zum Thema «Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz» gewünscht. Ich danke unserer Zürcher Kollegin Esther Guyer für die Bereitschaft, uns zu diesem Thema Informationen zu geben.

Esther Guyer (Kanton Zürich): Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Möglichkeit zur Information über dieses Thema. Bei uns in der Schweiz ist es auch ein Bundesthema, aber bei uns sind die Eier mindestens teilweise gelegt. Am 9. Februar 2014 wurde die Masseneinwanderungsinitiative, abgekürzt die MEI, mit knappen 50,3% Ja und dem erforderlichen Stände-Mehr angenommen. Die Initiative forderte ja, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz mit Höchstzahlen und Kontingenten zu begrenzen. Weiters verlangte sie die Anpassung der bilateralen Verträge, insbesondere bezüglich des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Die Initiative musste innerhalb von drei Jahren, also bis Februar 2017, umgesetzt sein. Die geforderte

Umsetzung der MEI steht im Widerspruch zum Personenfreizügigkeitsabkommen, das ist klar. Die eidgenössischen Räte standen also vor einer sehr schwer wiegenden Entscheidung. Auf der einen Seite war eine wörtliche Umsetzung des Verfassungsauftrages gefordert, andererseits drohte die Kündigung der bilateralen Verträge durch die EU. Nach einer, man muss sagen, ausserordentlich schwierigen und aufreibenden Gesetzesverhandlung - es gab in den Medien viel Geschreibe und man versuchte, Einfluss auf die Parlamentarier zu nehmen - stimmten dann die beiden Kammern am 16. Dezember dem neuen Artikel im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer zu.

Und zwar folgendermassen: Um die bilateralen Verträge mit der EU zu sichern, verzichtete man darauf, jährliche Kontingente und Höchstzahlen für die Zuwanderung von Ausländern zu verankern. Die Zuwanderung soll neu durch einen Inländervorrang gesteuert werden. Jetzt, was heisst das, wie soll das gehen? In Berufsgruppen, Tätigkeitsbereichen und Wirtschaftsregionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit soll eine Meldepflicht von freien Stellen eingeführt werden. Diese Meldepflicht setzt eine Meldung einer Vakanz an die regionalen Arbeitsvermittlungsamter voraus sowie eine Pflicht, geeignete Kandidaten zu einem Bewerbungsgespräch oder zu einer Eignungserklärung einzuladen. Das Resultat ist dann wiederum dem Arbeitsvermittlungszentrum mitzuteilen. Eine Begründung braucht es nicht mehr, glücklicherweise hat man das abgelehnt, aber einfach ist das sowieso nicht.

Es gibt Ausnahmen hinsichtlich der Meldepflicht. Die sind bei Familienunternehmen oder der Besetzung einer Stelle mit einer Person, die bereits früher für das Unternehmen tätig war. Da denkt man vor allem an Erntehelfer, die ja oft wieder an dieselbe Stelle zurückkehren, also das ist weiterhin möglich. Grenzgänger werden nicht diskriminiert (Art. 22a Ziff. 8). Bei erheblichen Problemen, insbesondere solchen, die durch Grenzgängerinnen und Grenzgänger verursacht werden, kann ein Kanton beim Bundesrat weitere Massnahmen beantragen. Massnahmen müssen aber laut Freizügigkeitsabkommen im gemischten Ausschuss mit der EU auf Verlangen einer Vertragspartei geprüft werden. Art. 61a regelt das Erlöschen des Aufenthaltsrechts bei einer unfreiwilligen Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Es erlischt für Staatsangehörige der EU und der EFTA mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung sechs Monate nach der Kündigung. Mit einer Aufenthaltsbewilligung erlischt es auch nach sechs Monaten, wenn das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der ersten 12 Monate des Aufenthaltes endet. Und nachher gilt das Arbeitsrecht, und das gilt für Schweizer und Ausländer. Das Aufenthaltsrecht erlischt erst mit dem Ende der Auszahlung der Arbeitslosenentschädigung und ganz klar, es besteht kein Anspruch auf Sozialhilfe. Das neue Gesetz mit dem Untertitel «Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen» entspricht nicht in allen Teilen dem Verfassungsauftrag, der ja jährliche Höchstzahlen und eine Kontingentierung der Zuwanderung verlangt.

Man hat sich also für die Beibehaltung des bilateralen Weges und für das Freizügigkeitsabkommen entschieden. Die Referendumsfrist des Gesetzes ist am 7. April abgelaufen. Es gab zwar eine Gruppe von Leuten aus unterschiedlichen Parteien, die das Referendum ergriffen, sie schafften es aber nicht, genügend Unterschriften zu sammeln. Nicht zuletzt, weil die SVP zwar klagt, dass die Verfassung nicht eingehalten wird, aber sie hat keine Unterschriften beigesteuert. Jetzt im Moment ist wieder der Bundesrat am Zug, er erarbeitet jetzt die Ausführungsbestimmungen. Das kann 12 Monate und länger dauern, ich würde da meinen, eher

länger, denn es ist eine sehr komplexe Vorlage. Und erst dann, wenn diese beschlossen sind, kann der Bundesrat das Inkrafttreten bestimmen.

Jetzt noch ein wenig zum Rahmen, was ausserdem noch los ist in der Schweiz. Eine grössere Gruppe von Leuten aus Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport, Unternehmensverbänden und auch Gewerkschaften hat eine Initiative mit dem Titel «RASA - Raus aus der Sackgasse», oder ein treffenderer Titel aus meiner Sicht «Raus aus dem Schlamassel». Sie wollen den Verfassungsartikel der Masseneinwanderungsinitiative wieder ganz streichen. Obwohl sie eigentlich grundsätzlich einverstanden mit den beschlossenen Umsetzungsbestimmungen sind, weisen sie auf den Widerspruch zur Verfassung hin, der besteht ja weiterhin.

Eine Entscheidung, ob sie die Initiative zur Abstimmung bringen oder doch zurückziehen wollen, die ist noch nicht gefallen, sie sind am Diskutieren. Es hängt wahrscheinlich auch davon ab, ob die SVP die Drohung wahrmacht und eine Initiative zur Kündigung der Freizügigkeitsabkommen lanciert. Und auch angedroht ist jetzt eine weitere Initiative der AUNS, das ist die Aktion für eine unabhängige Schweiz. Auch ein SVP-naher Verein, der die bilateralen Verträge aufkündigen will.

Wie gesagt, das sind jetzt alles Drohungen, konkret liegt noch nichts auf dem Tisch. Konkret ist eine andere Abstimmung geplant, und zwar die Initiative «Schweizer Recht statt Fremde Richter». Kommt sie durch, werden wir wohl weitere Probleme mit dem Ausland bewältigen müssen, das wissen wir jetzt aber noch nicht. Sie sehen also, in der Schweiz läuft etwas, die schweizerische direkte Demokratie ist kompliziert. Sie ist anspruchsvoll, manchmal nervt sie, aber sie ist immer spannend, langweilig wird es uns nicht. Ich danke Ihnen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank, Esther. Gibt es Wortmeldungen? Ich denke, in Anbetracht der sehr weit fortgeschrittenen Zeit haben wir Traktandum 8 ebenfalls erledigt.

9. Bericht aus der Arbeitsgruppe *Mautkorridor Schweiz, Österreich und Deutschland*

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir können übergehen zu Traktandum 9. Ich wechsle jetzt bewusst den Titel, also Bericht der Arbeitsgruppe *Verkehrslösung*, um keine weiteren Verwechslungen zu verursachen. Ich bitte Walter Freund als Vertreter der Arbeitsgruppe um Berichterstattung.

Walter Freund (Kanton St. Gallen): Ja, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich möchte gerade vorwegnehmen: wir nehmen die Resolution, wie sie vorgelegt wurde, in Anbetracht der jetzigen Gesamtverkehrsgruppe zurück. In der letzten Konferenz haben wir über diese Maut-Gruppe berichtet und ich möchte Sie jetzt wieder informieren, wie es gegangen ist. Wir, der Kanton St. Gallen, haben in der letzten November-Session über diese berichtet, und es wurde von den Medien aufgenommen. Es wurde in einem drei- oder vierminütigen Beitrag im Ostschweizer TV darüber berichtet. Die Idee wurde von der Bevölkerung sehr wohl aufgenommen. Sie war von dieser hell begeistert, da sie natürlich bezüglich der Verkehrsströme auf diesen drei Autobahnen, aber auch mit Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz, eine bessere Lösung als diese Vignetten-Thematik will.

Auch Harald Sonderegger, unser Kollege, hat sich geäußert und konnte seine Sichtweise einbringen, und ich bin natürlich auch hell begeistert gewesen, weil das Fernsehen das auch sehr gut aufgenommen hat. Jetzt aber, wenn man von Begeisterung redet, in der Arbeit ist es nicht mehr so begeisternd, weil da wirklich noch Knochenarbeit angedacht ist. Wir haben am 10. April nochmals in Bregenz zusammengefunden und sehr viel über das Zahlenmaterial diskutiert und über Verkehrsströmungen, die stattfinden. Es ist auch schon sehr umfassend berichtet worden. Wir haben sehr viele Unterlagen, manchmal ältere, aber auch jüngere Berichte. Dennoch es ist sehr schwierig, im Bereich Zahlenmaterial eine Lösung zu finden, weil alles noch zusammengeführt werden muss.

Die Idee mit der ganzen Maut ist eigentlich, Bregenz und Lindau zu entlasten. Es gibt ja den Pfändertunnel, der ist auch dazu da, um zu entlasten. Aber trotzdem haben wir natürlich sehr viele Feriengäste, die dem Bodensee entlang fahren und den Tunnel nicht benutzen, auch wegen dieser Vignette, dessen Problem gelöst werden muss. Darum wollen wir jetzt heute vielleicht auch eine Diskussion führen. Ist es nur bei Bregenz, dass wir ein Problem lösen müssen? Oder ist es vielleicht sinnvoller, in der Region eine Lösung zu finden, damit diese auch etwas davon hat?

Es wurde zuerst eigentlich eine Diskussion über diese 30 Kilometer Korridor-Vignette geführt, und wir haben das letzte Mal darüber diskutiert, ob das Gebiet nicht ein bisschen grösser sein könnte, also natürlich nicht die ganze Schweiz oder ganz Österreich. Aber wenn wir die Region berücksichtigen könnten, wäre es vielleicht aus politischer Sicht besser und zielführend. Und diese Diskussion wollen wir jetzt in diese Gesamtverkehrsgruppe nehmen und einmal konkret Gespräche mit der Regierung und der IBK führen. Das ist jetzt das Ziel, und ich freue mich natürlich, dass wir das bez. diesem Gesamtverkehrskonzept mit dieser Arbeitsgruppe machen können und ihre Unterstützung haben. Ich danke vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank, es ist also das allgemeine Verständnis, dass die bisherige Arbeitsgruppe damit ihre Arbeit erledigt hat und in der neuen Arbeitsgruppe *Gesamtverkehrskonzept* aufgeht. Dann verdanke ich die Arbeit der bestehenden Arbeitsgruppe sehr herzlich und wünsche natürlich auch der neuen Arbeitsgruppe den besten Erfolg. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Traktandum? Ich sehe keine Wortmeldung, damit hätten wir auch Traktandum 9 erledigt.

10. Bericht zum Internationalen Städtebund

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir gehen über zu Traktandum 10: Bericht zum Internationalen Städtebund. Ich bitte den Geschäftsführer Josef Büchelmeier um seinen Bericht.

Josef Büchelmeier (Städtebund Bodensee): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, geschätzte Frauen und Männer. Der internationale Städtebund bedankt sich als erstes, dass wir die Gelegenheit haben, seit einigen Jahren an Ihren Überlegungen und Konferenzen teilzuhaben. Wir haben ebenso auch mit der IBK ein ähnliches Verhältnis, dass wir uns gegenseitig einladen. Kurz zur Information: der Städtebund besteht derzeit aus 25 Städten und Kommunen, die sich vor allem als Netzwerk in der Bodenseeregion verstehen. Sie reichen von Schaffhausen und einigen Gemeinden am See entlang bis nach Dornbirn. Was uns als Kommune noch

fehlt, wäre Vaduz. Wir haben schon einige Male vorgefühlt, aber das ist nicht ganz einfach, dann wären wir auch in der Vierländerregion vertreten. Unsere Aufgabe sehen wir darin, ein Netzwerk zu bilden, den Austausch gegenseitig zu pflegen, Best Practice Beispiele untereinander auszutauschen und natürlich, das was Horst Schädler heute auch schon gesagt hat, regionales Denken zu entwickeln und regionale Themen regional zu lösen.

Deswegen haben wir seit einigen Jahren das Thema *Maut* verfolgt, weil das einige unserer Kommunen konkret betrifft. Es war das Interesse, hier eine Lösung zu finden. Wir haben im März in Ravensburg eine Veranstaltung zum Thema «Geflüchtete Menschen in den Kommunen» gemacht. Da waren Vertreter, um die 50 Personen, aus allen Kommunen anwesend. Wir hatten dann Berichte darüber, wie mit Geflüchteten in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich umgegangen wird, welche Lösungen es in der Praxis gibt. Es war eine sehr interessante Veranstaltung, die auch von den Anwesenden sehr begrüßt wurde.

Wir planen mit dem Städtebund im Juli eine Veranstaltung zum Thema «Wie macht ihr die Kultur in euren Kommunen, in den verschiedenen Ländern?» Es gibt unterschiedliche Kulturen in der Kultur. In der Schweiz gibt es Leistungsvereinbarungen, in Österreich ist es wieder anders, in Deutschland wird die Kultur in den Kommunen wieder auf andere Art und Weise gepflegt und entwickelt. Und wir möchten dort in Dornbirn, am 6. Juli, eine Veranstaltung zum gegenseitigen Austausch, zur Vernetzung der Kulturverantwortlichen, machen. Natürlich mit dem Hintergrund, dass sich einige Vorarlberger Städte gemeinsam bewerben als Kulturhauptstadt Europas. Wir haben dort schon die Fühler zu anderen Städten in der Schweiz und Österreich ausgestreckt, um gemeinsam in der Region diese Kulturhauptstadt zu realisieren.

Und wir haben auch einen Prozess, ähnlich wie die IBK, angestoßen, um uns neu zu orientieren. Der Städtebund besteht seit ungefähr 10 Jahren, Auslöser war das damalige Leitbild der IBK. Die Städte um den See haben dann gesagt: das kann nicht sein, dass die IBK ein Leitbild entwickelt, ohne mit den wirklich betroffenen, nämlich den Städten und Kommunen, zu sprechen. Und so entstand damals eigentlich das Selbstbewusstsein der Städte, aber das ist jetzt auch schon 10 Jahre her. Und wir planen im Herbst, ähnlich wie die IBK das gemacht hat, nur nicht so umfangreich, einen Prozess der Neuorientierung. Um zu wissen, was war in den vergangenen Jahren, wie werden sich die Kommunen und Städte in der Region Bodensee in den künftigen Jahren orientieren. Welche Aufgaben sehen sie, gibt es vielleicht neue Mitglieder. All diese Fragen möchten wir in einer Workshop-Tagung einmal behandeln, um eben das Ziel zu erreichen, was Horst Schädler sehr gut formuliert hat. Was auch unser Verständnis ist, dass wir regionale Themen mit regionalen Lösungen beantworten und uns gegenseitig im Austausch zwischen den Kommunen ganz praktisch und ohne viel Theorie und viel Überbau gegenseitig helfen oder bei den konkreten Aufgaben unterstützen können. Wie ich es sagte, mit Geflüchteten, mit Kultur, mit dem Verkehrsthema. Es gab auch schon Austausche der Stadtwerke untereinander, der Elektrizitäts- und Kommunalversorger und ähnliche Themen. Und so denken wir, dass wir das Thema der kommunalen Ebene in der Bodenseeregion, zwar nicht identisch mit dem IBK-Gebiet oder mit Ihrem Gebiet, der Parlamentarier Kommission, dann in den nächsten Jahren behandeln.

Wir würden uns freuen, wenn wir in diesem Prozess auch einen Austausch noch einmal mit Vertretern der IPBK haben könnten, wenn wir dann nach dem Herbst soweit sind. Es wird

etwas länger dauern als bei der IBK. Mit der IBK haben wir das auch schon besprochen, dass wir auch mit ihr dann einen Austausch machen, um alle diese wichtigen Player, wie man neudeutsch sagt, in der Region aufeinander abzustimmen. Was heute schon einmal anklang, ich glaube von Paul Wengert, dass nicht verschiedene Gruppierungen aneinander vorbei Dinge oder Ziele entwickeln oder Strategien formulieren, die dann nicht miteinander zusammen passen. Vor allem das wird den Städtebund sicherlich im nächsten Jahr beschäftigen. Und ich denke, dass wir uns in einem Jahr vielleicht neu aufgestellt, vielleicht mit anderen strategischen, neuen bestätigten Zielen wieder präsentieren.

Das waren meine Ausführungen, ich will Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und den guten Kontakt zu diesem Gremium, vielen Dank.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank, Josef, du liegst genau im Zeitplan. Gibt es Wortmeldungen hierzu? Dann bedanke ich mich nochmals für die Information, sie scheint absolut genügend zu sein und weitreichend genug.

11. Diverses

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Wir gehen über zu Traktandum 11: Diverses. Damit nähern wir uns auch schon dem Ende der Konferenz. Gibt es Wortmeldungen oder Anträge unter Diverses?

Martin Breitenmoser (Kanton Appenzell Innerrhoden): Ja, ich hätte eine Frage. Sehr wahrscheinlich hätte ich diese an Horst Schädler stellen müssen. Ich komme etwas wie die alte Fasnacht. Wir haben ja an der letzten Sitzung die Totalrevision der Statuten genehmigt und die Frage ist für mich, hat die IBK das zur Kenntnis genommen erstens einmal, und zweitens haben wir ja relativ ausführlich über den Resolutionsvorschlag, der lautet «Richtet sich eine Resolution an die IBK, wird eine Antwort von ihr bis zur folgenden Parlamentsversammlung erwartet», diskutiert. Hat sie dazu Stellung genommen oder hat man etwas dazu gehört?

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Also ob die IBK Kenntnis von unseren neuen Statuten hat, kann ich jetzt nicht mit Sicherheit beantworten. Ich gehe schlicht und einfach davon aus. Vielleicht darf ich das Wort an Moritz Von Wyss geben.

Dr. Moritz Von Wyss (Kanton Zürich): Sehr geehrter Herr Präsident. Sie hat sicher davon Kenntnis genommen. Ich musste sogar beim Staatsschreiber einmal anfragen, um die Statuten zu erläutern. Also insofern ist es zur Kenntnis genommen worden, aber ein offizielles Schreiben ist auch in Zürich nicht eingegangen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Dann können wir das noch nachholen und offiziell nachreichen. Darf ich nochmals in Kürze um die zweite Frage bitten.

Martin Breitenmoser (Kanton Appenzell Innerrhoden): Die zweite Frage ist, ob sich die IBK zum Vorschlag der Arbeitsgruppe, was die Resolution anbelangt, dazu verpflichten kann, wenn wir eine Resolution an die IBK richten, dass wir eine Antwort erwarten dürfen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Da gehe ich jetzt davon aus, nachdem die Statuten nicht offiziell weitergereicht wurden, dass wir hier auch keine Antwort haben. Aber darf ich Moritz vielleicht nochmals bitten, ob du mehr Informationen hierzu hast.

Dr. Moritz Von Wyss (Kanton Zürich): Offiziell weitergereicht wurden sie schon. Wir haben ja in diesem Schreiben der IBK vorgeschlagen, dass sie ihre Statuten ändern, damit wir dieses Verhältnis auf beiden Seiten besser unterstützen.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Es ist eine Frage, die wir weiterverfolgen werden.

Martin Breitenmoser (Kanton Appenzell Innerrhoden): Allenfalls wäre es sinnvoll, wenn wir eine Frage an die IBK stellen würden, wie sie dazu steht. Das ist für uns irgendwie elementar, dass wenn wir eine Resolution machen, dass wir in diese Richtung eine Antwort bekommen. Also zumindest so habe ich das in der Arbeitsgruppe verstanden, dass das ein wichtiger Punkt ist.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Die Anregung ist absolut richtig und wir werden die Sache weiterverfolgen. Weitere Wortmeldungen unter Diverses?

Gunnar Paul (Bodenseerat): Geschätzter Präsident, sehr geehrte Mitglieder. Ich bin heute das erste Mal hier abgesandt worden vom Internationalen Bodenseerat. Der Internationale Bodenseerat hat sich im Frühjahr neu konzipiert, der Präsident ist jetzt der Landrat Hämmerle, er hat mich gebeten, hier den Bodenseerat zu vertreten. Und man hat auch vorgeschlagen, dass die Beziehungen sich intensivieren sollen und deshalb bin ich hier heute anwesend. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass mein Name genau anders rum geschrieben wird, also Paul ist hinten und Gunnar ist vorne. Ich habe am Anfang nicht erwartet, hier zu sitzen, deshalb bin ich zuerst als Zaungast hinten gesessen.

Ja, der Internationale Bodenseerat hat jetzt sein 25 Jahre-Jubiläum im Winter gehabt, den gibt es also schon recht lange. Die Festansprache hat der ehemalige Ministerpräsident Erwin Teufel in Konstanz gehalten. Der Bodenseerat möchte auch die Kontakte zu den Vereinigungen, die es gibt, intensivieren, und das hier soll auch so ein Auftakt sein. Man hat im August die nächste Sitzung geplant, in Ravensburg soll diese stattfinden. Es geht auch um das Thema Migration oder Bewältigung der Migrationsströme. Und es ist sicherlich erwünscht, dass auch jemand von der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz, ein bisschen ein komplizierter Begriff, daran teilnehmen würde. Vielen Dank.

Landtagspräsident Albert Frick (FL): Vielen Dank und Entschuldigung für die Verwechslung bei Ihrem Namen, wir werden das vormerken. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, damit sind wir am Ende der Konferenz angelangt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Mitarbeit und freue mich, auch noch den Nachmittag mir vielen von Ihnen verbringen zu dürfen. Ich darf Sie nun zum Mittagessen ins Restaurant Meierhof einladen. Es steht ein Bus für den gemeinsamen Transport bereit, vorab wäre aber noch ein Fototermin angesagt und ich bitte Sie, den Anweisungen des Fotografen zu folgen. Hiermit schliesse ich die 48. Konferenz der IPBK.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 19/20. Oktober 2017 unter dem Vorsitz von Liechtenstein statt.

Pressemitteilung:

Zur heutigen Sitzung wurde am Freitagnachmittag, 19. Mai 2017, eine Medienmitteilung versandt.

Protokollverantwortlicher:

Philipp Pfeiffer, Landtagssekretär-Stellvertreter, Fürstentum Liechtenstein

Vaduz, 12. Juni 2017 PD/gw